Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt" und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, i der Expedition abgegeben werden.

Nr. 57. Sonnabend, den 8. März 1913. 20. Jahrg.

Hierzu zwei Beilagen.

Anno 13 und wir.

Am morgigen Sonntag wollen Bürgerschaft und Senat der freien und Hansestadt Lübeck die 100. Wiederkehr der Befreiungskriege durch einen gemeinsamen Einzug in die Marienkirche und durch eine dortselbst zu veranstaltende kirchliche Feier begehen. Dort werden Christen, Juden und Heiden als treuergebene Diener der Monarchie und wahrhafte Patrioten paradieren. Nur die bösen Sozialdemokraten machen nicht mit. Sie haben zu einer solchen Gedenkfeier keinen Anlaß, da die Machthaber dem Volke die volle Erfüllung der 1813 in der Stunde der Not zugesicherten staatsbürgerlichen Rechte bis auf den heutigen Tag vorenthalten haben. Man wird den Versuch machen, die Ablehnung dieser byzantinisch gefärbten Feier den Sozialdemokraten als gleichgültig gegen die Volksbewegung von 1813 überhaupt umzudeuten, trotzdem unser ganzes Auftreten in der Oeffentlichkeit hinreichend beweist, wie wir in Wirklichkeit zu der Frage stehen: Feiern? nein; gedenken? ja!

Wie sehr wir Sozialdemokraten die Erben der Befreiungsbestrebungen des Jahres 1813 sind, das spricht besonders mit überzeugender Klarheit aus den Schriften Johann Gottlieb Fichtes. Nicht nur in seinen 1808 erschienenen „Reden an die deutsche Nation", auch in manchen seiner kleineren politischen Schriften finden sich Urteile, die heute noch die herrschenden Klassen empfindlich ins Mark treffen. Da aber gerade das, was in der heutigen Zeit noch lebens- und wirkungskräftig ist aus Fichtes Wirken, bei den offiziösen Festgeprängen keinen Widerhall finden wird, wollen wir als Erben und Vervollkommner seiner Befreiungsbestrebungen hier einige dieser Worte den Mitstreitern in Erinnerung rufen.

Fichte erstrebte ein einheitliches Deutschland mit republikanischen Einrichtungen, unter voller Berücksichtigung der Eigenart aller einzelnen Stämme. Aber jedweder Partikularismus, auch der preußische, war ihm völlig fremd. Beginnt er doch seine Reden an die deutsche Nation mit den lapidaren Sätzen:

„Ich rede für Deutsche schlechtweg, von Deutschen schlechtweg, nicht anerkennend, sondern durchaus beiseite setzend und wegwerfend alle die trennenden Unterscheidungen, welche unseilige Ereignisse seit Jahrhunderten in der einen Nation gemacht haben."

So „deutsch" denken in Deutschland heute nur noch wir Sozialdemokraten.

In jenen Reden gab Fichte sich aber noch der utopistischen Hoffnung hin, daß die deutschen Fürsten, gepackt von Begeisterung für die Befreiung und Einheit der Nation, freiwillig auf ihre Vorrechte verzichten würden. Die Ereignisse der nächsten Jahre zerstörten bald diese Hoffnung. Als dann 1813 König Friedrich Wilhelm III. von Preußen endlich sich zu dem „Aufruf an mein Volk" hatte drängen lassen, kommentierte ihn Fichte in dem Entwurf zu einer Schrift, die uns als Fragment überkommen ist. Den Königsworten tritt er da höchst pessimistisch gegenüber mit dem Satz:

„Wenn nun der unterjochte Fürst an sein Volk appelliert, heißt das: Wehrt euch, damit ihr nur meine Knechte seid, und nicht die eines Fremden? Sie wären Toren."

Das könnten sich manche Leute ins Stammbuch schreiben. Fichtes Mißtrauen hat sich vollauf bewahrheitet. Das Volk war zwar nicht töricht genug, auf die Befreiung von der inneren Knechtschaft zu verzichten. Aber als es mit unerhörten Opfern die Befreiung von der Fremdherrschaft erkämpft hatte, duldete es, daß der wortbrüchige König sein getreues Volk wieder zu „seinen Knechten" machte.

Wie sehr Fichte die heute noch bestehenden Krebsschäden der staatlichen Einrichtungen erkannte, das hat er am kräftigsten ausgesprochen in einer gleichfalls unvollendet gebliebenen Schrift, die er in Königsberg im Winter 1806/07, also nach dem Zusammenbruch bei Jena, verfaßt hat. Eine Schilderung der Selbstsucht und aufgeblasenen Nichtigkeit der Fürsten gipfelt in den Worten:

„Sie krochen vor dem Auslande, sie eröffneten demselben den Schoß des Vaterlandes; sie würden vor dem Dey von Algier gekrochen sein und den Staub seiner Füße geküßt haben, seinen natürlichen oder angenommenen Söhnen ihre Töchter vertraut haben, wenn sie nur dadurch zu dem ihnen gelegenen Amte oder zum Königstitel hätten kommen können."

Daß die deutschen Fürsten so werden konnten, wie sie waren, dafür maß Fichte indes den in Untertänigkeit ersterbenden Bürgersleuten ein vollgerütteltes Maß der Mitschuld bei. Nach Schilderung der Stumpfsinnigkeit der Fürsten fügte er hinzu:

„Dieser allen Glauben übersteigende Stumpfsinn zeigte sich auch noch in anderen Erscheinungen. Sie konnten eine ganze Regierung hindurch Fehler an Fehler geknüpft haben, die nun offen dalagen vor aller Welt Augen; aber sie durften nur eine augenblickliche Regung zeigen, sich zu ermannen, oder sie konnten sich nach langem Hin- und Herüberlegen entschließen, eine entscheidende Niederträchtigkeit nicht zu begehren, so fanden sich sogleich die entzücktesten Lobredner, denen es an Worten und an Bildern zu gebrechen schien, um diese Musterzüge von Regentenweisheit und Mut zu erheben, ohne daß jene die tiefe Schmach fühlten, die ihnen dadurch angetan wurde, ohne daß man ein Beispiel wüßte, daß sie ein Mißfallen daran bezeigt."

Ist es nicht, als ob Fichte vorahnend den Bürgersleuten von 1913 in die pflaumenweichen Seelen geschaut hätte? So gehts genau heute auch noch zu im neuen Deutschen Reich der Untertanendemut und Bedientensitte. Durchaus vertraut mutet uns auch an, was er über die Minister sagt:

„Solcher Fürsten würdig waren derselben Minister... Die Verwaltung des auswärtigen Verhältnisses ging ganz auf in dem, was sie Diplomatik nannten; und diese bestand, außer der Wissenschaft des Ausforschens, des Ablockens von Geheimnissen, der Erhorchung von Anekdoten, alles dieses zu keinem anderen Gebrauch, als damit man sie berichten könne ihrem feinsten Wesen nach, in der Kunst: durch Zweideutigkeiten und auf Schrauben gestellte Erklärungen die Notwendigkeit eines entscheidenden Entschlusses so weit hinauszuschieben als irgendmöglich, in der Hoffnung, daß unterdessen vielleicht ein Zufall statt unserer wählen und uns des harten Zwanges, selber zu denken und zu wollen, überheben werde. Die Kunst der inneren Verwaltung war noch weit einfacher, und bestand bloß in der Wissenschaft, soviel bares Geld als irgend möglich herzuschaffen .... Wenn man ihnen anmutete, etwas für die Erziehung des Volkes, die über allen Glauben elend war, zu tun, so entschuldigten sie sich damit, daß sie dazu kein Geld hätten; .... alles Geld, dessen man nie zuviel bekommen konnte, floß nun zusammen in den ungeheuren Schlund der stehenden Heere, die nie groß genug sein konnten, und die zu keiner anderen Ausgabe etwas übrig ließen."

Geradezu vernichtend ist, was er über das beutegierige Junkertum schreibt, das die Offizierstellen im Heere fast ausschließlich inne hatte und durch „freches und rohes Dahintreten und hochmütigen Trotz gegen alle anderen Stände" seine Vorrechte betätigte, aber im Kriege fortgesetzt vielfach Beweise der Unfähigkeit, Feigheit und sogar des Verrats geliefert hat.

Doch es mag hier genug sein mit der Anführung solcher Urteile über die Schäden der damaligen Zeit, Schäden, die heute noch nicht völlig überwunden sind. Wohl aber müssen wir noch hinweisen darauf, wie nahe Fichte in seinem Denken auch den positiven Bestrebungen der Sozialdemokratie gekommen ist. Er war sicher kein Sozialdemokrat. Dafür war seine Zeit noch nicht reif. Seine wirtschaftspolitischen Anschauungen wurzeln in der Uebergangszeit von den kleinbürgerlichen zu den kapitalistischen Betriebsformen. Aber seine ganze großartige Auffassung des Gemeinsinns und des Gesamtinteresses des Volkes treibt ihn doch zu Forderungen, die nur durch den Sozialismus verwirklicht werden können. Dieser nationalste Erwecker des Deutschtums dachte ganz international, indem er sich das neue Deutschland vorstellte als ein mit anderen Nationalstaaten gleichberechtigtes Glied einer weltbürgerlichen Gesellschaft. Der Gedanke, die Einheit Deutschlands herzustellen, um dann die gewonnene Macht zur Unterdrückung fremder Völker auszunutzen, war ihm völlig fremd. Er hatte die Greuel und den Druck des bonapartistischen Imperialismus zu schmerzlich empfunden, als daß er selbst seinem Volk eine solche menschheitsfeindliche imperialistische Politik hätte zuweisen können. Wie sehr das Staatsideal, das ihm vorschwebte, dem unsern sich nähert und nur von einer sozialistischen Gesellschaft verwirklicht werden kann, als Beweis dafür mögen hier wieder die Worte Fichtes Platz finden, die kürzlich bereits im Reichstag den bürgerlichen Parteien vorgehalten wurden. In jener Schrift nämlich, die den Aufruf „An mein Volk" kommentiert, mißt er den Deutschen ihre staatliche Aufgabe in folgenden Worten zu:

„Und so wird von ihnen aus erst dargestellt werden ein wahrhaftes Reich des Rechts, wie es noch nie in der Welt erschienen ist, in aller Begeisterung für Freiheit des Bürgers, die wir in der alten Welt erblicken, ohne Aufopferung der Mehrzahl der Menschen als Sklaven, ohne welche die alten Staaten nicht bestehen konnten: für Freiheit, gegründet auf Gleichheit alles dessen, was Menschengesicht trägt."

Politische Rundschau

Deutschland.

Kolonialpolitik und Kolonialpolitiker.

Der Abschluß der Generaldebatte des Kolonialetats brachte noch eine Reihe interessanter Momente zur Beurteilung unserer Kolonialpolitik und zugleich einer bestimmten Sorte Kolonialpolitiker. Herr v. Liebert und vor allem Herr Dr. Semler werden an diesen Tag wohl nicht gern zurückdenken.

Genosse Noske zählte sofort zu Beginn seiner Rede dem schneidigen Führer des Reichsverbandes einige Tatsachen auf, die seine koloniale Begeisterung in einem nicht gerade freundlichen Licht erscheinen lassen. Herr von Liebert machte aber gar keine Anstalten, sich in eine neue Debatte über den Gründungsschwindel in Ostafrika einlassen zu wollen. Auch mit einer Reihe anderer Gegner, die gegen die Sozialdemokratie aufgetreten sind, hatte Noske abzurechnen. Er erinnerte namentlich Herrn Erzberger an die Beweise, die er selbst von seinem großen Sachverständnis gegeben hat und machte die Liberalen auf ihre eigene Schwenkung in der Kolonialpolitik aufmerksam. Dann entwickelte er gegen diese Redner und auch gegen den Staatssekretär ernste Forderungen auf dem Gebiet der Arbeiterfrage, auf dem sich am deutlichsten zeigt, wie merkwürdig die vormundschaftliche Tätigkeit der Weißen gegenüber den Eingeborenen ist, und in den Fragen des Bahnbaues und der wirtschaftlichen Erschließung der Schutzgebiete.

Herr Dr. Müller-Meiningen richtete noch allerhand Mahnungen an uns und forderte im übrigen Respekt vor den religiösen Gefühlen der Eingeborenen. Die Herren Keinath von den Nationalliberalen und Mumm betonten ihren Optimismus bei Beurteilung der Erklärungen des Staatssekretärs, die sie selbst ein wenig theoretisch fanden. Zwischen Herrn Dr. Oertel und dem Staatssekretär gab es eine kleine Auseinandersetzung über die Ansiedlungspolitik.

Nun begann Semlers Stunde. Genosse Weill hatte aus den amtlichen Drucksachen der Budgetkommission der französischen Abgeordnetenkammer die in Deutschland leider bisher zu diskret behandelten Tatsachen zusammengestellt, die eine sehr wenig anmutige Zusammenarbeit von deutschen Regierungsvertretern und verschiedenen deutschen und französischen Konzessionsgesellschaften in Afrika feststellten. In einer festgeschlossenen Beweiskette ergab die pikante Darstellung unseres Genossen über die Internationalität des Provisionsgeschäftes, die das ganze Haus in Spannung setzte, daß der Berichterstatter des Reichstags über den Kolonialetat, der geschäftsgewandte Aufsichtsratspolitiker Dr. Semler, mehr als der Vermittler aller dieser geschäftlichen Transaktionen zu sein scheint. Weill führte in feingeschliffener Rede den Nachweis, daß die Konzessionsgesellschaften gerade Semlers Berichterstatter-Eigenschaft für ihre Geldgeschäfte in Rechnung gestellt haben. Die Nationalliberalen wurden unruhig, Semler stammelte einige nichtssagende Ausreden und Weill zerriß in einer glänzenden Erwiderung alle Verschleierungsversuche des Angeklagten. Bezeichnend war es, daß die Regierung vollkommen schwieg. Herr Solf will erst bei dem Kapitel „Ostafrika" auf die Angelegenheit zurückkommen. Die Debatte selber wurde dann vertagt. Sie gilt jetzt den einzelnen Etats der Schutzgebiete.

Die Kolonialetats in der Budgetkommission.

Bei der Weiterberatung des Etats für Südwestafrika forderten unsere Genossen, daß den Eingeborenen wieder Land in dem Umfang gewährt wird, daß sie gemäß ihren früheren Lebensgewohnheiten existieren können. Der heutige Zustand, wo die Eingeborenen den Farmern nur als Ausbeutungsobjekte dienen müssen, sei unhaltbar. Die Hereros hätten früher große Viehbestände gehabt, heute kommen auf die 20 000 Köpfe starken Hereros nur 50 Stück Großvieh. Gouverneur Seitz will den Eingeborenen die Haltung von Großvieh nur dann erlauben, wenn sie Garantien für ausreichenden Seuchenschutz bieten. Südwestafrika müsse wieder den Absatz von Mastvieh nach Südafrika erhalten. Von unseren Genossen wurde hervorgehoben, daß die Fortdauer des heutigen Zustandes zur Katastrophe führen müsse, weil der Rassenhaß förmlich durch ihn gezüchtet wird. Weiter forderten unsere Genossen, daß im nächsten Etat für Südwestafrika eine Verringerung der Schutztruppe vorgesehen wird. Darüber entspann sich eine sehr lebhafte Debatte, wobei auch die Frage einer Wehrverfassung für Südwest erörtert wurde. Im Schutzgebiete sind 6000 meistens waffengeübte weiße Männer vorhanden, die neben der Landespolizei ausreichenden Schutz gewähren können. Die Eingeborenen sind weit über das Land verstreut. Die Regierung bekämpfte die Resolution mit dem Hinweis, daß die Horden und Stämme an der Grenze die größere Gefahr bilden, gegen die eine schlagfertige Schutztruppe vorhanden sein müsse. Die sozialdemokratische Resolution wurde schließlich angenommen; gegen sie stimmten Konservative, Nationalliberale und die Volksparteiler.

Das Petroleum-Monopol.

Die Kommission lehnte am Donnerstag einen Antrag des Zentrums ab, der für den Einkauf von Leuchtöl die öffentliche Ausschreibung und die Vergebung an

den Mindestfordernden verlangte. Damit hätte man eine Stärkung der Standard Oil Company erzielt. Auch ein anderer Antrag des Zentrums, besondere Vergünstigungen nicht zu gewähren, wurde abgelehnt, weil dadurch der Geschäftsbetrieb stark erschwert worden wäre. Beschlossen wurde noch, daß Leuchtöl an Private nur in Mengen von nicht unter 400 Litern abgegeben werden darf, ferner daß die Verkaufspreise bei allen Tankanlagen die gleichen sein müssen. Die Geldgeschäfte der Vertriebsgesellschaft sollen in der Regel durch die Reichsbank erledigt werden.

Ein preußisches Notgesetz.

Da das preußische Abgeordnetenhaus auch in diesem Jahre den Etat nicht rechtzeitig fertigstellen kann, ist wiederum der Erlaß eines Notgesetzes erforderlich. Ein entsprechender Antrag, der von allen bürgerlichen Parteien eingebracht war, wurde am Freitag nach kurzer Beratung an die Budgetkommission verwiesen. In der Debatte wurde von Rednern der Linken der Regierung der Vorwurf gemacht, daß sie den Etat erst so spät dem Landtage vorlegt.

Hierauf wandte sich das Haus zur Beratung des Nachtragsetats. Dieser Etat fordert bekanntlich die Summe von 6 Millionen zum Ankauf des Eckgrundstücks neben dem Abgeordnetenhause. Ein Teil dieses Grundstücks, das vom Militärfiskus erworben wird, soll zur Anlegung eines Gartens für die Abgeordneten dienen. An sich ist gegen die Vorlage nichts einzuwenden. Einen unangenehmen Beigeschmack bekommt sie nur dadurch, daß von den 6 Millionen nicht weniger als 2,6 Millionen verwendet werden sollen, um einem gewerbsmäßigen Grundstücksspekulanten eine Entschädigung für angeblich entgangenen Gewinn zu zahlen. Um was für eine Person es sich dabei handelt, zeigte Genosse Hoffmann unter großer Aufmerksamkeit des Hauses an der Hand gerichtlicher Akten. Mit Recht führte er aus, daß man sich mit Personen, die derartige Geschäftsverbindungen mit der Staatsanwaltschaft haben, schon aus Reinlichkeitsgründen nicht in Geschäfte einlassen dürfe. Den Fiskus kümmert das freilich wenig; für den Minister genügt es, daß der Mann bisher stets freigesprochen worden ist. Voraussichtlich wird es hierüber bei der zweiten Beratung des Etats noch zu lebhafteren Auseinandersetzungen kommen.

Schließlich begann das Haus noch die Beratung des Etats der Zentral-Genossenschaftskasse. Genosse Liebknecht benutzte die Gelegenheit, den agrarischen Charakter dieses Instituts zu schildern und nachzuweisen, wie die Genossenschaften, sogar die landwirtschaftlichen Genossenschaften schließlich zur Überwindung des Kapitalismus beitragen werden. — Der Etat soll Sonnabend zu Ende beraten werden.

Auch ein Volksrecht aus der Zeit der Befreiungskriege.

Zu den Repräsentationskörperschaften, mit denen nach dem Jahre 1815 die im Jahre 1813 gegebenen Versprechungen „eingelöst" wurden, gehören auch die Provinzial-Landtage der östlichen Provinzen. Soeben tritt der schlesische Provinzial-Landtag zusammen und aus seiner Präsenzliste kann festgestellt werden, daß sich unter den 158 Mitgliedern dieser „Volksvertretung" befinden: 3 Prinzen, 7 Fürsten, 12 Freiherren, 2 Grafen, 39 „gewöhnliche" Adlige, 12 Rittergutsbesitzer und Landräte ohne Adel, 24 Bürgermeister, 1 0 Vertreter der Industrie, Bergräte, Generaldirektoren u. dergl. und 16 Stadträte, Kommerzienräte, Justizräte pp., also kein Kleinbauer, kein Arbeiter, kein Handwerksmeister oder kleiner Gewerbetreibender. Das „niedrigste" sind zwei „Oekonomieräte", darunter gibts keinen. Also hat das Volk allen Anlaß, seine nach den Befreiungskriegen erhaltenen „Rechte" zu feiern.

Fortschrittliche Schäbigkeit.

Ein ungewöhnliches Maß schäbiger Gesinnung legt das Organ der Breslauer Freisinnigen an den Tag, nachdem es unumstößlich feststeht, daß die Sozialdemokratie den Liberalismus bei den bevorstehenden Landtagswahlen ohne Gegenleistung nicht unterstützt. Bekanntlich hat das die Parteigenossenschaft in Breslau in den Jahren 1898, 1900, 1910 und 1911 getan und dafür sogar eine öffentliche „Danksagung" des Wahlvereins der Fortschrittlichen Volkspartei geerntet. Diese Danksagung betont ausdrücklich, daß der freisinnige Sieg der selbstlosen und energischen Unterstützung und der geradezu mustergültigen Parteidisziplin der sozialdemokratischen Wahlmänner zu danken sei. Jetzt, wo es sich darum handelt, für die Unterstützung ein Mandat abzutreten, ist es still über den Wassern und als das „Freie Volk" die Breslauer Liberalen beschuldigte, ihr Versprechen gebrochen zu haben — ein Vorwurf, dem sich die „Volkswacht" im ganzen anschließen mußte — werden die Liberalen unverschämt. Die „Breslauer Zeitung", die „Freisinnige Zeitung" und nach ihr die ganze fortschrittliche Presse schreibt von einer „sozialdemokratischen Verleumdung", von dem unkontrollierbaren, angeblichen Bierbankgeschwätz einzelner unverantwortlicher Leute und dergleichen mehr. Um zu beweisen, wie unverschämt diese Ableugnungen der Fortschrittler sind, zitiert unser Breslauer Parteiblatt eine Versicherung aus dem Jahre 1910, wo die freisinnige „Breslauer Morgenzeitung" nach dem mit sozialdemokratischer Hilfe erfochtenen Siege des Abgeordneten Ehler schrieb:

> „Gewiß wird die Sozialdemokratie von den Liberalen Gegenleistung für die ihnen gewährte Hilfe erwarten und beanspruchen, und diese Gegenforderung ist nur berechtigt."

Der Verfasser dieser Zeilen war der Vorsitzende des freisinnigen Vereins „Waldeck" in Breslau, Redakteur Arthur Winkler. Heute hat die freisinnige Presse nur dreiste Ableugnungen und wüstes Geschimpfe.

Prüfung der Wahlen durch einen Gerichtshof.

Durch die Presse geht die Nachricht, daß die Fraktion der Reichspartei einen Antrag vorbereite, der die Wahlprüfungen einem unabhängigen Gerichtshof übertragen will. Demgegenüber erinnert die parteiamtliche „Nationalliberale Korrespondenz" daran, daß ein solcher Antrag bereits seit einem Jahre von der nationalliberalen Reichstagsfraktion vorliegt. — Die Mehrheit des Reichstages dürfte kaum geneigt sein, auf ein Recht zu verzichten, das dem Reichstage jetzt zusteht. Auch würde es sehr bedenklich sein, die schwierige Prüfung der Wahlen, die jetzt einer nach Parteien zusammengesetzten Kommission übertragen ist, in die Hände eines Gerichtshofes zu legen. Man kann nicht wissen, zu welchen Grundsätzen bei der Beweiserhebung usw. unter Umständen ein solcher Gerichtshof kommt. Die heute an den Arbeiten der Wahlprüfungskommission geübte Kritik würde dann zum großen Teil gegenstandslos werden, wenn der Kommission die Möglichkeit der direkten Anordnung von Beweiserhebungen zugestanden würde.

Regierungsmaßnahmen zur Bekämpfung des Geburtenrückgangs.

Die preußische Regierung hat bekanntlich im vorigen Jahre den grandiosen Einfall gehabt, die Regierungspräsidenten mit der Vornahme von Erhebungen über die Geburtenhäufigkeit zu beauftragen. Gleichzeitig wurden die Regierungspräsidenten angewiesen, das Ergebnis ihrer Beobachtungen über die Ursachen des Geburtenrückganges zu berichten. Das Resultat dieser Beobachtungen scheint die Erfahrung zu sein, daß der Gebrauch antikonzeptioneller Mittel weitverbreitet ist. Um ihn einzudämmen, ist die Regierung auf den Gedanken gekommen, den Standesbeamten Anweisung zu geben, die Geburten, Aufgebote und Eheschließungen den Zeitungen nicht mehr zur Veröffentlichung mitzuteilen. Bisher sind solche Verfügungen nur in einigen westlichen Regierungsbezirken, wie Münster, Köln, Koblenz, Wiesbaden u. a., ergangen. Der Erlaß von Verfügungen dieser Art wurde kürzlich vom Magistrat in Frankfurt am Main auf Interpellation der Stadtverordnetenversammlung bestätigt. Durch das Unterlassen der Veröffentlichungen der standesamtlichen Anzeigen soll den Händlern mit Mitteln zur Verhütung der Schwangerschaft das Handwerk gelegt werden. Wenn die Regierung glaubt, auf diese Weise dem Geburtenrückgang steuern zu können, so dürfte sie eine gewaltige Enttäuschung erleben.

Staatliche Beteiligung an den Kaliwerken.

Das elsaß-lothringische Parlament beschloß am Mittwoch in zweiter und dritter Lesung mit 35 gegen 16 Stimmen die Beteiligung des Landes an den elsaß-lothringischen Kaliwerken. Zur Beschaffung von 334 Kuxen dreier Kaligewerkschaften in Oberelsaß, die zu den ertragreichsten des Landes gehören, wird das Ministerium ermächtigt, Anleihen bis zum Gesamtbetrage von sechs Millionen Mark aufzunehmen. — Von sozialdemokratischer Seite wurde darauf hingewiesen, daß die Beteiligung des Landes an den Kaliwerken schon längst hätte erfolgen müssen. Dank der Initiative der Sozialdemokratie, die eine Verstaatlichung der Kaliwerke beantragt hatte, ist nun wenigstens dieser Schritt getan.

Boykott deutscher Waren in Bulgarien.

Der Abg. Bassermann hat im Reichstage folgende Anfrage eingebracht:

„Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß in Bulgarien unter Beteiligung amtlicher bulgarischer Stellen ein Boykott deutscher Waren stattfindet? Welche Maßregeln gedenkt der Herr Reichskanzler dagegen zu ergreifen?"

Nach der Geschäftsordnung könnte diese Anfrage erst nach Ablauf der Reichstagsferien beantwortet werden. Der Abg. Bassermann hat deshalb gleichzeitig erklärt, daß er sich mit einer schriftlichen Antwort begnüge, so daß man damit rechnen kann, daß die Regierung bereits in den nächsten Tagen Auskunft geben wird.

Belgien.

Vertagung des belgischen Generalstreiks — Einleitung der Wahlrechtsrevision. Die Regierung ist auf den Vermittelungsversuch, den die Bürgermeister der sieben großen Städte in der Wahlrechtsfrage unternommen haben, eingegangen. Der Kabinettchef teilt dem Brüsseler Bürgermeister mit, er ermächtige ihn, dem Streikkomitee der Arbeiterpartei mitzuteilen, daß die Regierung ihre Opposition gegen die Einleitung der Verfassungsrevision aufgebe, wenn die Arbeiterpartei die Drohung des Generalstreiks aufhebe. Die Regierung werde sich dann nicht weiter dem Einsetzen einer Spezialkommission für die Vorberatung in der Wahlrechtsfrage widersetzen. Das Streikkomitee beschloß daraufhin nahezu einstimmig, den früheren Beschluß, am 14. April mit dem Generalstreik zu beginnen, aufzuheben. Der Brüsseler Bürgermeister wiederholte in Gegenwart seiner sechs Kollegen seine Erklärung vor einer Delegation des Streikkomitees im Brüsseler Rathause. Am Freitag werden die Bürgermeister vom Kabinettchef empfangen. Der Widerstand der Regierung gegen die Einleitung der Verfassungsrevision wäre demnach schon unter dem Eindruck der Vorbereitungen zum Generalstreik gebrochen worden. — Wie bürgerliche Blätter mitteilen, sei diese Lösung im wesentlichen auf den König zurückzuführen, der angesichts der Gefahr, die ein Generalstreik für die belgische Industrie bringt, seine Regierung veranlaßt habe, nachzugeben.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Sonnabend, 8. März.

Der Sozialdemokratische Verein hält seine Mitgliederversammlung am kommenden Montag im Gewerkschaftshaus ab. Auf der Tagesordnung steht die Neuregelung des Wahlverfahrens bei den Delegiertenwahlen zum Parteitag, die diesjährige Maifeier und ein Vortrag des Genossen Bromme über das wichtige Thema: Die Bedeutung der politischen Demonstrationen. Vollzähliges Erscheinen der Mitglieder ist dringend notwendig.

Die Beratung des Staats-Voranschlages für 1913 wurde gestern abend vom Bürgerausschuß beendet. Am Dienstag, dem 25. März und folgende Tage wird sich die Bürgerschaft damit zu beschäftigen haben.

Zur Aussperrung im Malergewerbe. Kaum ist vom Unternehmerverband im Gau Hamburg mit der Aussperrung begonnen, nach zweitägiger Dauer in Hamburg die Entlassung von 1100 Malergehilfen erfolgt, da posaunt die bürgerliche Presse schon wahre Phantasiezahlen in die Welt hinaus. 5000 und mehr Gehilfen sollen ausgesperrt sein. Tatsächlich machen einige Großstädte überhaupt noch nicht mit. In anderen Gauen sind große Firmen an den Verband der Maler herangetreten, um mit ihm Sondertarife abzuschließen, damit sie vom Kampfe verschont bleiben. In mehreren süddeutschen Großstädten erklärten die maßgebenden Unternehmer, daß, nachdem sie den Schiedssprüchen örtlich zugestimmt hätten, für sie gar keine Veranlassung zum Aussperren vorliege. Der Unternehmerverband sucht jetzt die für ihn peinliche Situation, daß er gegen Schiedssprüche kämpft, dadurch zu retten, daß er erneut feststellt, ihn hätten die festgesetzten Löhne nicht veranlaßt, den Schiedsspruch abzulehnen. Jetzt soll plötzlich nach einem Bericht der süddeutschen bürgerlichen Presse die neue Bestimmung über Zuschläge für „mit wesentlichen Arbeitserschwerungen verbundene Arbeiten" neben der Arbeitsnachweis- und Haftungsfrage ausschlaggebend gewesen sein. Das ist ein Beweis für die völlige Kopflosigkeit, die bei den Führern des Unternehmerverbandes eingerissen ist, die ihre ausgesprochene Absicht, die Organisation der Malergehilfen finanziell zu ruinieren, öffentlich bemänteln wollen. Die Bestimmungen über die erwähnten erschwerten Arbeiten waren im bisherigen Reichstarif bestimmt geregelt, im heutigen Tarifmuster ist mit Zustimmung der Unternehmer vorgesehen, daß vorläufig überhaupt nichts geregelt, sondern dies den örtlichen Organisationen nach Abschluß des Tarifs überlassen werden soll. Also ist das alles andere als eine Regelung zuungunsten der Unternehmer. Wenn der Unternehmerverband so fortfährt, nach Gründen für den vom Zaune gebrochenen Kampf zu suchen, so wird die Öffentlichkeit immer deutlicher erkennen, wie unverantwortlich das Vorgehen der Unternehmer ist. In Wahrheit sind tiefgehende persönliche Differenzen zwischen einzelnen Führern im Unternehmerverband die Ursache des ganzen Konflikts, den nun seine Mitglieder austragen sollen. Da der Beginn der Aussperrung für die einzelnen Gaue ganz verschieden festgesetzt wurde, läßt sich natürlich zur Stunde noch kein allgemeiner Überblick geben; soviel steht aber schon fest, daß die Unternehmer sich sehr täuschen werden, wenn sie glauben, mit solch faden Gründen die Malermeister für eine Machtprobe begeistern und die Organisationen der beteiligten Arbeiter schrecken zu können.

Die Befreiung der Kriegsteilnehmer von der Einkommensteuer beschloß der Bürgerausschuß in seiner letzten Sitzung. Der Senat hatte folgende Vorlage zur Beratung gestellt: „Nachdem der Senat bereits mittels Dekrets vom 15. Mai 1912 der Bürgerschaft sein Einverständnis damit zu erkennen gegeben hatte, daß in den Par. 3 des ihr vorgelegten Entwurfs eines Einkommensteuergesetzes unter Ziffer 5 die Bestimmung aufgenommen werde, daß von Kriegsteilnehmern an den Feldzügen bis einschließlich 1870/71, sofern sie mit einem Einkommen von nicht mehr als 1500 Mark veranlagt sind, die Einkommensteuer nicht zu erheben sei, hat die Kommission des Bürgerausschusses zur Vorprüfung der Senatsvorlage, betr. das Staatsbudget für 1913, in ihrem Bericht vom 25. Februar angeregt, daß die den Kriegsteilnehmern zugedachte Steuerbefreiung bereits vom Beginne des Rechnungsjahres 1913 ab in Kraft treten möge. Der Senat ist bereit, dieser Anregung Folge zu geben. Der Bürgerausschuß erklärte sich gutachtlich für die Mitgenehmigung der Senatsvorlage durch die Bürgerschaft. Der Wortführer des Bürgerausschusses erklärte, daß wegen der vom Senate beantragten vorstehenden Abänderung des Einkommensteuergesetzes eine Abstimmung über das von der Kommission beantragte Ersuchen, den Kriegsteilnehmern aus den Feldzügen bis einschließlich 1870/71 bereits vom Beginn des Rechnungsjahres 1913 ab für die unteren Einkommen bis zu 1500 Mark die Einkommensteuer zu erlassen, als gegenstandslos in Wegfall komme. Der aus dieser Vergünstigung der Kriegsteilnehmer sich ergebende Ausfall an Einkommensteuer beträgt nach Angabe der Senatskommissare 6000 Mk.

Die Errichtung einer realgymnasialen Studienanstalt an der Ernestinenschule wird vom Senat zu Ostern 1913 beantragt, und zwar sollen zu diesem Zeitpunkt sowohl die Klasse U III als die Klasse O III errichtet werden. Von dem mit der Ernestinenschule verbundenen höheren Lehrerinnenseminar sollen die Klasse III zu Ostern 1914, die Klasse II zu Ostern 1915, die Klasse I zu Ostern 1916 aufgehoben werden. Das Schulgeld für die Studienanstalt soll 200 Mk., für nicht im lübeckischen Freistaate wohnende, hier nicht in Pension befindliche Schülerinnen 240 Mk. betragen. Der Bürgerausschuß verwies die Vorlage an eine Kommission, der die Herren Dr. Grube, Schulmerich, J. Evers, Dr. Ihde und Dr. Hartwig angehören.

Wer trägt die Kosten? Gegenwärtig ist man damit beschäftigt, das Rathaus mit allerlei Vorkehrungen für die Illumination anläßlich der Jahrhundertfeier zu versehen. Die Sache wird gewiß nicht billig sein. Nun ist die Frage: Aus welchen Mitteln erfolgt die Illumination? Der Bürgerausschuß hat bisher keine Gelder für diesen Zweck bewilligt und an die Bürgerschaft ist der Senat auch nicht herangetreten. Nach der Verfassung muß der Senat jedoch die Zustimmung dieser Körperschaften einholen, wenn er Staatsgelder verausgaben will. Das ist noch vor wenigen Wochen in der Bürgerschaft mit aller Schärfe zum Ausdruck gekommen. Es bestehen nun eigentlich nur zwei Möglichkeiten: Dem Senat sind die bezüglichen Verfassungsbestimmungen Wurscht oder er bezahlt die Illumination aus seiner eigenen Tasche. Sollte letzteres möglich sein?!

An Staatssteuern und Abgaben gingen im Monat Februar 1913 beim hiesigen Steuerbureau ein: Einkommensteuer 813 208,95 Mk., Wertzuwachssteuer 18 399,— Mk., Grundsteuer 22 653,03 Mark, Eisenbahnsteuer —,— Mark, Erbschaftssteuer einschl. Erbschaftsabgabe und Zuschläge zur Reichserbschaftssteuer 14 301,64 Mk., Veräußerungsabgabe 13 811,38 Mk., Stempelabgaben 27 970,50 Mk., Schiffsabgaben 23 254,91 Mk., Gewerbesteuer 86,62 Mk., Filialsteuer 13,20 Mk., zusammen 933 699,23 Mk. gegen 841 817,80 Mk. im gleichen Monat des Vorjahres; mithin 1913 mehr 91 881,43 Mk. Vom 1. April 1912 bis Ende Februar 1913 gingen insgesamt 6 093 335,22 Mk. ein gegen 5 777 524,14 Mark im gleichen Zeitraum des Vorjahres; mithin 1913 mehr 315 811,08 Mark.

Die Wohnungspflege im Eingemeindungsgebiet. Amtlich wird bekannt gemacht: Nachdem die Behörde für Wohnungspflege aus dem in die Stadtgemeinde Lübeck eingemeindeten Gebiete vier neue Kreise und zwölf neue Bezirke gebildet hat, hat der Senat zu Kreisvorstehern und Wohnungspflegern dieser neuen Kreise und Bezirke die folgenden Personen gewählt: für den X. Kreis: Privatmann Meincke in Travemünde als Kreisvorsteher, Dr. med. Paepcke in Travemünde, Maurermeister Hobe in Travemünde als Wohnungspfleger; für den XI. Kreis: Räuchereibesitzer Bade in Schlutup als Kreisvorsteher, Räuchereibesitzer Riemann in Schlutup, Dr. med. Gusmann in Schlutup, Landmann Grube in Kücknitz, Bezirksschullehrer Maaß in Kücknitz, Lehrer Johnsen in Siems, Fischermeister H. F. Chr. Kröger in Gothmund als Wohnungspfleger; für den XII. Kreis: Kunstgärtner Schetelig in Krempelsdorf als Kreisvorsteher, Landmann Meyer in Krempelsdorf, Verkäufer Riechert in Vorwerk als Wohnungspfleger; für den XIII. Kreis: Privatmann Tegtmeyer in Moisling als Kreisvorsteher, Schlossermeister Wengler in Moisling, Landmann Röttger in Genin als Wohnungspfleger.

h. **Die dritte Strafkammer** verurteilte heute den Kesselschmied S. aus Königsberg wegen eines Gelegenheitsdiebstahls, den er beim Betteln vollführte, zu 3 Monaten Gefängnis. Das Ergebnis des Diebstahls war ein Stück Suppenfleisch und zwei Hemden. Ersteres wurde verzehrt und das andere verkauft. — In ein staatliches Gebäude stieg der oft vorbestrafte Arbeiter H., holte eine alte eiserne Platte und eiserne Ringe heraus, alles zusammen etwa 12 Mark wert. Wegen schweren Diebstahls wird H. zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt. — Diebstahl und Bettelei. Frei auf dem Tisch liegen sah der Arbeiter L. eine Damenuhr, als er um eine milde Gabe ansprechen wollte. Sehen und nehmen war eins. Für die Uhr gab ihm der Trödler 2,40 Mark in bar und der Richter 9 Monate Gefängnis, während die Bettelei 6 Wochen Haft einbringt. — Aus dem berühmten Junggesellenheim des Hochofenwerks holte ein junger Heizer T. das ganze Hab und Gut eines Arbeitskollegen, indem er den Kleiderschrank erbrach und für etwa 100 Mark zusammenpackte. Der Staatsanwalt beantragte mit Rücksicht darauf, daß die Bewohner des Junggesellenheims auf Treu und Ehrlichkeit der Mitarbeiter angewiesen sind und derartige Diebereien schwer bestraft werden müßten, 2 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust. Das Urteil lautet auf die Mindeststrafe bei schwerem Diebstahl im wiederholten Rückfall, 1 Jahr Gefängnis. — Den bekannten Ausspruch einer französischen Prinzessin, die Armen sollten doch Kuchen essen, wenn sie kein Brot hätten, befolgte ein arbeitsloser Tapeziergehilfe. Er bestellte auf fremden Namen einen großen Topfkuchen, eine Sandtorte, Wiener Brötchen und verschiedene Kuchenschnitten. Die mußte der zwölfjährige Bruder holen. Das Zeug scheint geschmeckt zu haben, und da die Bestellung glückte, wurde sie am selben Tage in einem andern Geschäfte wiederholt: 2 Pfd. frische Meiereibutter, 1¼ Pfd. Mettwurst, 1 Pfd. Landleberwurst und 1 Dtzd. frische Eier wurden dort aufgegeben und abgeholt, um für die nächsten Tage versorgt zu sein. In beiden Fällen gab J. besonders zu bedeuten, daß nur ganz frische Ware geliefert werden dürfe. Wegen schwerer Urkundenfälschung und Betrugs wird der Angeklagte zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt. Seine bisherige Unbescholtenheit kam ihm zugute, sonst hätte er mit Zuchthaus bestraft werden müssen. Begründend wurde hervorgehoben, daß der Gewerbe- und Handelsstand gegen derartiges Treiben energisch geschützt werden müsse. — Schlosser gelernt hatte vor langen Jahren der Angeklagte W. Zur Ausübung seines Gewerbes scheint er nicht viel Zeit gehabt zu haben, denn außer diversen Diebstahls- und andern Strafen wurde er 41mal wegen Bettelns bestraft und 5mal dem Arbeitshaus überwiesen. Hier „kaufte" W. sich 32 Kämme und verhandelte sie für 2 Mark wieder. Auch einen Paletot „probierte" er an. Unter Berücksichtigung mildernder Umstände werden gegen den Angeklagten 9 Monate Gefängnis ausgesprochen.

Lübecker Straßenbahn. Betriebsergebnisse für den Monat Februar 1913. Befördert sind: 1913: 716 078 Personen, 1912: 594 019 Personen, + 122 059 Personen. Eingenommen sind: 1913: 75 220,61 Mk., 1912: 58 949,23 Mk., + 16 271,38 Mk. — Betriebsergebnisse für die Zeit vom 1. April 1912 bis 28. Febr. 1913. Befördert sind: 1913: 9 213 767 Personen, 1912: 7 105 461 Personen, + 2 108 306 Personen. Eingenommen sind: 1913: 968 674,61 Mk., 1912: 710 966,67 Mk., mehr 257707,94 Mk.

Die Vorstellung des Arbeiterbildungsvereins, welche morgen nachmittag im Stadttheater stattfindet, bringt eine Aufführung von Grillparzers Lustspiel „Weh dem, der lügt". Das Stück schildert die Befreiung von Atalus, eines Neffen des Bischofs Gregors, aus den Händen des halbwilden Rheingrafen Kattwald, bei dem Atalus als Geisel war; es ist reich an komischen Szenen und doch auch erfüllt von echter Poesie. Der Beginn der Vorstellung ist auf präzise 3 Uhr festgesetzt worden; es ist den Besuchern dringend zu empfehlen, spätestens um 2¾ Uhr im Theater anwesend zu sein, um jegliche Störungen zu vermeiden.

Vortragswesen der Gewerbekammer. Am Mittwoch, dem 12. März 1913, abends 8½ Uhr, wird Herr Patentanwalt Diplom-Ingenieur Camillo Resek-Hamburg im großen Saale des Bürgervereins, Königstraße 25, einen Vortrag mit Lichtbildern halten über das Thema: „Erfindungen, ihr Schutz und ihre Verwertung", zu welchem alle Interessenten eingeladen sind. Herr Patentanwalt Resek wird in seinen Ausführungen insbesondere auch über die Grundzüge des gewerblichen Rechtschutzes sprechen, dessen Kenntnis für alle diejenigen, die eine Erfindung tatsächlich gemacht oder glauben, eine solche gemacht zu haben, von größter Wichtigkeit ist. Der Besuch des Vortrages wird daher dringend empfohlen.

8 Prozent Dividende verteilt für das abgelaufene Geschäftsjahr die Schiffswerft von Henry Koch; im Vorjahre wurden nur 5 Prozent verteilt.

Eine schwimmende Walfisch-Ausstellung ist gegenwärtig gegen geringes Entgelt bei der Puppenbrücke zu besichtigen. Verbunden mit der Ausstellung des 23 Meter langen Tieres ist eine Sammlung von anderen Seetieren und dergleichen. (Siehe Inserat).

pb. **Verhaftungen.** Festgenommen wurde ein Kellner, der seitens der Großh. Amtsanwaltschaft in Malchin wegen Diebstahls steckbrieflich verfolgt wird. — Festgenommen wurde ein Arbeiter aus Wandsbek, der sich in hiesiger Stadt auf den Namen hiesiger Einwohner Waren erschwindelt hat. — Festgenommen wurde ein Arbeiter aus München-Gladbach, der noch eine längere Korrektionshaft zu verbüßen hat.

Neues Stadttheater. Der Spielplan der neuen Woche gibt in der ersten Hälfte zunächst am Montag eine weitere Wiederholung von Adams graziöser Oper „König für einen Tag" in der Wolffschen Bearbeitung. Am Dienstag ist die hiesige Erstaufführung der Operetten-Neuheit „Der Frauenfresser" von Eysler und am Mittwoch die letzte Aufführung der von einem wirklich urkomischen Humor durchwehten Posse „Bummelstudenten". Zu Sonnabend, den 15., bereitet die Direktion Nicolais komisch-phantastische Oper „Die lustigen Weiber von Windsor" vor, in welcher die Kammersängerin Frau Hermine Bosetti vom Münchener Hoftheater als Frau Fluth ein einmaliges Gastspiel geben wird, dem mit einem ganz besonderen Interesse entgegengesehen werden darf. Weiter befinden sich in Vorbereitung Marschners „Templer und Jüdin" in der Bearbeitung von Hans Pfitzner und „Der Teufel" von Moliere.

□ **Bremerhaven.** Zum Streik auf den Fischdampfern an den Unterweserorten. In zwei gut besuchten Versammlungen nahmen die Maschinisten Stellung zu der bestehenden Aussperrung. In der ersten Versammlung wurde eine aus fünf Mitgliedern bestehende Verhandlungskommission gewählt. Die Anregung zu Verhandlungen wurde vom Hafeninspektor gegeben, der in Aussicht stellte, daß die Reeder zu verhandeln bereit seien. Am 4. März fand dann eine Aussprache mit den Reedern statt. Die Reeder lehnten es ab, einen Tarif mit dem Verbande abzuschließen, sie wollten mit den Maschinisten als Gesamtheit oder mit jedem einzelnen persönlich verhandeln. Die Kommission erklärte, nicht die Vollmacht zu haben, auf diese Bedingungen eingehen zu können. Die Verhandlungen wurden darauf abgebrochen. In einer zweiten Versammlung erstattete die Kommission Bericht. Die Versammelten erklärten ihr Einverständnis mit dem Verhalten der Kommission. In geheimer Abstimmung wurde mit 130 Stimmen die Fortführung des Kampfes beschlossen, nur neun Stimmen waren dagegen. In einer Aussprache betonte Verbandsvorsitzender Scheffel, er habe sich absichtlich zurückgehalten, um alles zu vermeiden, was die Mitglieder beeinflussen könne; der Verband stehe nach wie vor hinter den Streikenden, sie materiell und moralisch unterstützend. In einer darauf angenommenen Resolution heißt es:

„Die versammelten Maschinisten lehnen es entschieden ab, unter dem Tarif des Geestemünder Maschinistenvereins zu fahren oder einzelne, persönliche Tarife mit den Reedern zu vereinbaren.

Die Versammlnug ist der unumstößlichen Meinung, daß nur dann ein friedliches, gedeihliches Verhältnis Platz greifen kann, wenn der alte Tarif unter Mitwirkung des Verbandes zur Anerkennung gelangt.

Die Versammlung ist ferner der Ansicht, daß bedauerlicherweise eine Einigung mit den Reedern durch die wenig zum Frieden neigende Haltung des königl. Hafeninspektors des Geestemünder Fischereihafens stark beeinträchtigt wird.

Das Maschinenpersonal der Fischdampfer ist nach wie vor jederzeit zu weiteren Verhandlungen bereit, wenn die Reeder geneigt sind, den Frieden durch Eingehen des Tarifverhältnisses wieder herzustellen, und die Kommission hat die Befugnis, in diesem Sinne weiter zu wirken."

An das gesamte Maschinenpersonal ergeht nochmals die Aufforderung, den Zuzug nach den Unterweserorten für die Fischdampfer strengstens fernzuhalten.

Oldenburger Landtag.

h. Die Plenarsitzung vom Donnerstag brachte sehr wichtige Entscheidungen. In der zweiten Lesung ist das ganze Schulbukett, die Errichtung eines staatlichen Realgymnasiums in den Städten Rüstringen, Oldenburg und Kloppenburg gefallen. Die Errichtung der höheren Schule als Staatsanstalt in Rüstringen ist eine Anregung des Reichsmarineamts; die sozialdemokratischen Abgeordneten und ein Teil der Liberalen traten für Rüstringen ein, da man von dieser Stadt nicht erwarten könne, eine Kommunalanstalt für die Kinder der Reichsbeamten zu errichten, wo diese Kommunalsteuern gar nicht zahlen. Für die übrigen Orte sollen Kommunalanstalten mit staatlichem Zuschuß errichtet werden, und die Schule in Kloppenburg wird von vielen Abgeordneten nicht als lebensfähig erachtet. Die Abstimmung ergab für alle drei Schulen keine Mehrheit, alle drei Vorlagen wurden also abgelehnt. Kirchturmspolitik! Die Abgeordneten des Zentrums, Agrarier und einige Liberale stimmten gegen die Schule in Rüstringen, weil die Sozialdemokraten sich aus sachlichen Gründen leiten ließen, gegen die Schulen in Oldenburg und Kloppenburg zu stimmen.

Eine interessante Situation ergab sich bei der Beratung über den Neubau eines Ministerialgebäudes und Landtagsgebäudes. Liberale und Sozialdemokraten erzwangen die Absetzung vor einigen Tagen von der Tagesordnung als Mittel, die Schulfrage erst zu erledigen. Die sozialdemokratischen Abgeordneten ließen nun erklären, daß sie von jeher für die beiden notwendigen Bauten eingetreten seien, und dieser Stellungnahme entsprechend für die Bauten auch heute stimmen würden. Dieselbe Erklärung gaben die Liberalen ab. Diese Erklärungen wirkten Wunder: Agrarier und Zentrum, die von jeher gegen den Bau waren, stimmten jetzt ebenfalls für den Bau, mit Ausnahme von drei Abgeordneten, die sich der Abstimmung enthielten.

Beschlossen wurde dann weiter das Gesetz, welches den Gemeinden das Recht der Besteuerung der kinematographischen Vorstellungen gibt, mit den Aenderungen, daß nur gewerbliche Unternehmungen der Steuer unterliegen, sowie daß die Steuer 15 vom Hundert nicht übersteigen darf. Die Sozialdemokraten stimmten gegen das Gesetz.

Der Landtag beriet dann die Geschäftsordnung des Landtages, die in einigen Punkten erweitert wurde und die Stellung des Landtags gegenüber der Regierung um etwas festigte und den Minoritäten größere Rechte gab. Die Redezeit wurde von ¼ Stunde auf ½ Stunde verlängert. Beschlossen wurde, die Fahrkarte der Abgeordneten auf die Dauer der Legislaturperiode auszudehnen, sowie zu prüfen, ob eine Pauschalierung der Diäten sich empfiehlt.

Erwähnt zu werden verdienen die Petitionen einer ganzen Reihe von Gemeinden des Fürstentums Lübeck betr. die Abänderung der Zusammensetzung des Provinzialrats und Landesausschusses, wozu die Abgg. Steenbock und Fick sprechen. Die Art der jetzigen Vertretung entspricht nicht mehr den Zeitverhältnissen. In dem Bericht des Abg. Bull heißt es: Die Regierung hat bereits im Jahre 1907 dem Provinzialrat eine Vorlage unterbreitet gehabt, wonach auf jede Gemeinde ein Vertreter entfallen soll und auf je 1000 weitere Einwohner einen Vertreter mehr. Der Provinzialrat hat seinerzeit die Vorlage abgelehnt mit der Begründung, daß dadurch die ländlichen Gemeinden gegenüber den städtischen benachteiligt werden, außerdem die Kosten bei einer so großen Vertretung zu hoch würden. Die Regierung erklärte, daß sie auch jetzt noch bereit sei eine Vorlage zu machen auf der Grundlage, jeder Gemeinde einen Vertreter zuzusichern, und den größeren Gemeinden auf je weitere 5000 Einwohner einen Vertreter mehr zu geben. Bei den verschiedenen Interessen zwischen Stadt und Land sei es immer schwer, das Richtige zu treffen, da ein Teil mehr die Bevölkerungszahl, der andere Teil die Steuerkraft als Maßstab der Vertretung wünsche. Der Ausschuß hat zu der Art der Neuregelung der Zusammensetzung eine bestimmte Stellung nicht eingenommen. Angeregt wurde, den Provinzialrat nochmals zu hören, welche Vorschläge er in bezug auf die Neuregelung der Vertretung zu machen habe. Abg. Fick ersuchte die Regierung, dem nächsten Landtag auch dann eine Vorlage zu machen, wenn der Provinzialrat eine Neuregelung ablehnen sollte. Die Petitionen werden der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen.

Eine weitere Petition ist vom Wirteverein für das Fürstentum Lübeck eingereicht und fordert eine Neuregelung der Tanzsonntage und die Aufhebung des Verbots der Anwesenheit von Kindern bei Vereinsfestlichkeiten. Das Petitum geht dahin: 1. der Landtag wolle dahin wirken, daß die Tanzsonntage durch die Saalbesitzer selbst bestimmt werden, unter Anpassung an die örtlichen Verhältnisse, 2. daß Kinder, welche mit ihren Eltern an Vereinsfesten teilnehmen, nach Beendigung der Aufführungen nicht sofort aus dem Saal gewiesen werden. Die Petition wird der Regierung zur Prüfung überwiesen. Aus dem Bericht des Abg. Bull mag hervorgehoben werden, daß die Regierung bezüglich der bisher geübten Ausweisung von Kindern bei beginnendem Tanz auch bei Vereinsfestlichkeiten erklärte, wo es sich um wirkliche Vereinsbälle handle, die sich auf die Mitglieder beschränken, diese den erwähnten Beschränkungen nicht unterworfen seien.

Die Landtagssitzung dürfte voraussichtlich am Sonnabend beendet sein.

h. In der Plenarsitzung vom Freitag fiel die Entscheidung über das Gesetz für die ärztliche Untersuchung der Schulkinder. In der ersten Lesung ist eine Mehrheit für das Gesetz nicht zustande gekommen, weil Agrarier und Zentrum an sich Gegner des Gesetzes sind. Die Abschwächungsanträge zum jährlichen Untersuchungszwang aller Schulkinder wurden jedoch jetzt abgelehnt und die Vorlage angenommen. In erster Lesung wurden die Kosten der Untersuchung dem Staat auferlegt, statt den Gemeinden. Die Regierung erklärte, das Gesetz nicht genehmigen zu können, wenn die Staatskasse die Kosten zu tragen habe, da nach dem Schulgesetz die Schulen Gemeindeanstalten seien. Die sozialdemokratische Fraktion erklärte, dies Gesetz nicht scheitern lassen zu wollen, und so stimmten sie für den Antrag, daß die Kosten die Gemeinden tragen. Alle Abgeordneten, welche Gegner der schulärztlichen Untersuchung sind, traten für die Kostenfrage zu Lasten des Staates ein.

Bei der Schaffung eines Gesetzes zur Errichtung einer Handelskammer für das Fürstentum Birkenfeld ist in erster Lesung den gewerbetreibenden Frauen das aktive und passive Wahlrecht gegeben. Auch hier erklärte die Regierung, das Gesetz nicht genehmigen zu können, wenn diese Bestimmung aufrecht erhalten wird. Die Regierung will nach dem Gesetz zwar den Frauen das Wahlrecht geben, jedoch hat die Stimmenabgabe durch einen Vertreter zu erfolgen. Die Frage des Frauenwahlrechts ist eine grundsätzliche, hier stimmte die sozialdemokratische Fraktion für Aufrechterhaltung der Fassung erster Lesung mit nur zwei liberalen Abgeordneten, darunter dem Syndikus der Oldenburger Handelskammer, welch letztere den Frauen das Wahlrecht zuerkennen will! Alle übrigen Abgeordneten stimmten dagegen, wodurch das Frauenwahlrecht fiel.

Der Landwirt Hans Drückhammer in Ahrensböck petitioniert wieder in der bekannten Angelegenheit der sog. Ahrensböcker Protestanten wegen unberechtigter Steuerabgabe. Der Landtag konnte dem Ersuchen um Prüfung von Rechtsfragen nicht stattgeben und ging deshalb zur Tagesordnung über.

Der Landtag genehmigte dann den Staatsvertrag mit Preußen über den Bau einer Eisenbahn von Neustadt in Holstein nach Schwartau. Über die Vorlage haben wir bereits kurz berichtet, Abg. Rebenstorf vertrat die Vorlage.

Die Frage der Verstaatlichung des Kunstgewerbemuseums beschäftigte sehr eingehend den Landtag. Die Regierungsvorlage auf sofortige Übernahme des betr. Museums, das Eigentum eines Vereins ist, wurde zwar abgelehnt, jedoch nur, um eine Reihe aufgeworfener Fragen noch näher zu prüfen, dagegen wird der Beitrag für 1913 auf 20 000 Mk. erhöht. Der Übernahme des naturhistorischen Museums auf den Staat wird zugestimmt.

Von den 22 Tagesordnungspunkten sei noch erwähnt die Wahl des Ausschusses zur beratenden Mitwirkung bei der Bauausführung des Landtagsgebäudes; gewählt wurden die Abgg. Tappenbeck, Hug und Schröder.

Aus dem Gerichtssaal.

Staatsbetriebe — Musterbetriebe. Nach den Reden der Staatsvertreter bei dem Postetat im Parlament konnten leichtgläubige Leute die Meinung erhalten, als sei bei der Post „alles in Butter". Die sozialdemokratischen Anklagen wurden als „Hetzerei" bezeichnet. Am Mittwoch stand der bisher unbestrafte 22jährige Landbriefbote Willy Köhler von Oberteutschental bei Eisleben vor dem Halleschen Schwurgericht unter Anklage, weil er die ihm im Postdienst anvertrauten Geldbeträge von 226 Mk. unterschlagen und Postscheine vernichtet hatte. Der unglückliche Mensch bezog pro Tag 2,60 Mark „Gehalt" und mußte dafür von morgens 6 Uhr bis abends 7 Uhr arbeiten. Die Unterschlagung beging er, weil er in Geldverlegenheit geraten war. Er wurde unter Zubilligung mildernder Umstände zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. — So geht es Staatsangestellten, die aus der „gefüllten Kompottschüssel" speisen. Angesichts solcher Tatsachen muß man den Mut bewundern, mit der sozialdemokratische Beschwerden als Hetzereien bezeichnet werden.

Ein Soldatenschinder. Wegen Mißhandlung Untergebener und vorschriftswidriger Behandlung hatte sich vor dem Kriegsgericht zu Thorn der Vizefeldwebel Hermann Honricke von der ersten Batterie des Fußartillerieregiments Nr. 15 zu verantworten. Es wird ihm unter anderem zur Last gelegt, den Kanonier Dombrowski in einundzwanzig Fällen mißhandelt zu haben. Bei einer Übung, während der der Kanonier Dombrowski am Boden lag, hat der Angeklagte den Kanonier derart mit Fußtritten traktiert, daß er ihm einen Rippenknochen herausriß. Darauf mußte der Kranke noch bis zur Kaserne Laufschritt machen. Dann ließ er ihn später eine Stunde lang Kniebeuge machen, bis der Kanonier ohnmächtig umfiel. In der stärksten Kälte ließ er seine Mannschaften ohne Ohrenklappen und Handschuhe antreten und stundenlang in der Kälte stramm stehen. Wegen „Gefährdung militärischer Interessen" war die Öffentlichkeit während der ganzen Dauer der Verhandlung ausgeschlossen. Hoericke wurde wegen Mißhandlung in sechs Fällen, Beleidigung und vorschriftswidriger Behandlung in drei Fällen zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Diesem „Erzieher" wurde von seinem Hauptmann ein glänzendes Zeugnis ausgestellt!

Spielplan des Neuen Stadttheaters, Lübeck.

Vom 9. bis 16. März 1913.

Sonntag, den 9. März, abends 8 Uhr: „Kolberg", historisches Schauspiel von Paul Heyse. Montag, den 10. März: „König für einen Tag" (Wenn ich König wäre), romantisch-komische Oper von Ad. Adam in der Bearbeitung von Paul Wolff. Dienstag, den 11. März: „Der Frauenfresser", Operette von E. Eysler. Mittwoch, den 12. März: „Die Bummelstudenten", große Posse von Pohl u. Wilken. Donnerstag, den 13. März: „Kolberg", historisches Schauspiel von P. Heyse. Freitag, den 14. März: „Der Schmuck der Madonna", Oper von Wolf-Ferrari. Sonnabend, den 15. März: Gastspiel der Kgl. Kammersängerin Hermine Bosetti vom Hoftheater in München: „Die lustigen Weiber von Windsor", komisch-phantastische Oper von Otto Nicolai. Sonntag, den 16. März, nachmittags 3 Uhr: „Ein Sommernachtstraum", Lustspiel von Shakespeare. Abends 7½ Uhr: „Der Freischütz", romantische Oper von C. M. v. Weber.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Inserate finden durch den „Lübecker Volksboten" in den Kreisen des werktätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im „Lübecker Volksboten"

Die Neuheiten für Frühjahr 1913

in

Herren- und Knaben-Kleidung

sind in reichhaltigster Auswahl eingetroffen. Zu äußerst mäßigen Preisen biete ich ständig das Neueste und Eleganteste.

Die vornehme Machart u. die tadellosen Paßformen

meiner fertigen Garderoben sind mustergültig.

Herren-Anzüge in mod. Form, ein- oder zweireihig, mit äußerer Brusttasche aus buntfarbig meliert. tragfäh. Stoff-Qualitäten
14^{75} 19^{50} 24^{50} 29^{50} 32^{50} 39^{50} 46^{50} bis 74^{00}

Herren-Paletots Uebergangs-Paletots in kurzen u. langen Fassons, aus marengo Cheviot, Covercoat oder Kammgarn-Stoffen
19^{75} 23^{50} 29^{75} 32^{50} 36^{50} 42^{50} 49^{50} bis 69^{00}

Herren-Ulster in moderner zweireihiger Form, mit breitem Revers, aufgesteppten Taschen und im Rücken lose gehalten
26^{50} 29^{75} 32^{50} 38^{50} 42^{50} 46^{50} 49^{50} bis 66^{00}

Konfirmanden-Anzüge

aus blauen und marengo Stoffen in ein- und zweireihigen Formen
9^{50} 12^{75} 18^{50} 24^{50} 29^{75} 32^{50} 36^{50} 39^{50} 42^{50} 46^{50} 49^{50}

Aparte Knaben-Kleidung
tausendfache Auswahl in jeder Geschmacksrichtung vom einfachst. bis zum feinst. Modell

Elegante Jünglings-Kleidung
in allen modernen Farben und Formen aus erprobten tragfähigen Stoff-Qualitäten

Rudolph Karstadt.

1789

Herm. Krohne
Schlossermeister, Fahrrad- u. Nähmaschinenhandlung
Eutiner Str. 1. **Schwartau** Eutiner Str. 1.
Reparatur-Werkstatt Automobilstation
Anfertigung sämtl. Schlosserarbeiten
Zivile Preise Kostenanschläge gratis
Sämtliche Ersatzteile am Lager (1805

P. Meyers Schuhwarenhaus,
Hüxterdamm 2.
Empfehle **Konfirmations-Stiefel,** besonders preiswert, von **4.25 Mk.** an.
Alle anderen Schuhwaren in bester Ausführung zu billigen Preisen.
Werkstatt für solide Reparaturarbeit. (1787

Konfirmanden-Anzüge

Konfirmanden-Anzug zweireihige Form, in blau . . . . 15.00 13.00 **10^{00} M.**
Konfirmanden-Anzug 1- u. 2reih. Form in blau Kamm., Cheviot . 18.00 **15^{00} M.**
Konfirmanden-Anzug prima haltbare Qualität, blau und schwarz . . . **22^{00} M. an**

Lehrlings-Ausrüstungen
1790) für jedes Gewerbe
in reicher Auswahl zu allen Preislagen vorrätig.

Albert Rieß, vormals **Louis Levy,**
Klingenberg Nr. 5.
Rote Rabattmarken. Rote Rabattmarken.

Moderne Garnituren durch Zufall nur 90 Mk., prachtvolle Salongarnitur statt 220 Mk. nur 165 Mk., direkt an Private, Händler verbeten. Lager **Wahmstr. 83.** Inhaber Fachmann. Salon- und Auszugtische 18 Mk., Spiegel, Trumeaus, Vertikos, Schreibtische, Buffets, Divans, Umbauten, Lederstühle, Schlafzimmer, Küchen, Stühle, Bilder jetzt enorm billig. Plüschgarnitur ff. 85 Mk. (152

Alle Sorten Brennmaterialien
liefert zu billigst. Preisen frei Haus
Hans Lübcke,
Wickedestr. 33-35. Teleph. 2378.
Bei Lieferung (112
ab Lager ermäßigte Preise.

Erstklassige Kautabake
v. Grimm & Triepel, Nordhausen
sind überall zu haben. 291

Billig zu verkaufen:
Taschenuhr mit Kette . . 3 Mk.
Konfirmandenuhr nur . . . 6 „
Goldene Damenuhr . . . . . 12 „
Freischwingeruhr . . . . . 15 „
1732) **Markttwiete 2,** b. d. Post.

Täglich in allen Verkaufsstellen:
Frisches
Kraft-Dauer-Brot
C. Siemers, Streckmühle.
103) Fernsprecher 1110.

Alle Sorten
Weine und Spirituosen
auch im Kleinverkauf u. Ausschank
290) empfiehlt
J. Höppner, Beckergr. 66.

Einem geehrten Publikum von
Fackenburg und Umgegend
die ergebene Anzeige, dass ich mit dem heutigen Tage
Segeberger Strasse 39
eine
Fahrrad-Handlung
verbunden mit
Reparatur-Werkstatt
für **Automobile, Fahrräder** und **Nähmaschinen** eröffnet habe und bitte mein junges Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen.

Hochachtungsvoll
1781 **Otto Iden.**

NB. Durch meine 11jährige Tätigkeit in nur ersten Geschäften bin ich in der Lage, eine jede Reparatur sauber auszuführen. D. O.

Betten-Duve liefert bestens und billigst. 102 **Gr. Burgstr. 32.**

Bienenfleiß Allerfeinste Qualitäten 1782 deutschen Naturhonigs u. Raffinade

---

Aegidienstr. 38. **Karl Frosch,** Aegidienstr. 38.
Schuhwaren.
Konfirmandenstiefel.
Herren-, Damen- und Kinder-Stiefel
1776) **und sonstiges mehr**
in allen billigen Preislagen.

1. Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 57. Sonnabend, den 8. März 1913. 20. Jahrg.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten".

Berlin, 7. März 1913.

128. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Dr. Solf.

Die zweite Beratung des

Etats für das Reichskolonialamt

wird fortgesetzt.

Noske (SD.): Herr v. Liebert hat mir gestern gesagt, Ich hätte ihm vor zwei Jahren mit Unrecht vorgeworfen, daß er sich an faulen Gründungen beteiligt habe, und hat uns eine Darstellung des Vorganges gegeben. Nach meinem Empfinden hat er dadurch restlos das bestätigt, was ich ihm zum Vorwurf gemacht habe. Tatsächlich war seine Entschuldigungsrede eine Anklagerede ; er hat uns mitgeteilt, daß sein Name tatsächlich unter einen Gründungsprospekt gesetzt worden ist, der als solcher der allerfaulsten Art angesehen werden muß. (Hört, hört!) Und er hat, wie das nach den Grundsätzen, die sonst im Geschäftsleben von Treu und Glauben herrschen, selbstverständlich gewesen wäre, seinen Namen dann nicht zurückgezogen, um vertrauensselige Leute vor Schaden zu bewahren, sondern hat den Schwindelprospekt unwidersprochen in die Welt gehen lassen. Die Folge davon ist, daß eine ganze Anzahl gutgläubiger Leute ihr Geld dadurch verloren haben. Wenn ich darüber zu verfügen hätte, würde ich ihn dafür hinter Schloß und Riegel setzen lassen. (Heiterkeit.) Jedenfalls steht fest, daß nach seinem jetzigen Eingeständnis eigentlich jeder von den Leuten, die ihr Geld deswegen verloren haben, ihn haftbar machen sollte. Uebrigens hätte uns Herr v. Liebert, wenn er von seiner Beteiligung an der wirtschaftlichen Erschließung der Kolonien redet, auch mitteilen können, ob die verunglückte Baumwollgesellschaft, an der er sich beteiligte, diejenige war, bei der nachher ein Aufsichtsratsmitglied zu Unrecht Dividende eingesteckt hat, die er dann zurückgezahlt hat, weil die empörten Aktionäre ihn deswegen verklagen wollten. (Lebh. Hört, hört! bei den Soz.) Herr Erzberger warf meinem Genossen Henke vor, daß einige von seinen Darstellungen nicht ganz richtig seien. Gerade er müßte mit solchen Rügen an andere sehr vorsichtig sein, denn gerade ihm sind in kolonialpolitischen Fragen doch recht erhebliche Irrtümer nachgewiesen worden. Er, der Vielbeschäftigte, hat erst kürzlich ein Buch über allerlei kolonialpolitische Fragen geschrieben, zu denen die „Deutsche Kolonialzeitung" meinte, es wäre bedauerlich, wenn ein derart mit Unrichtigkeiten durchsetztes Buch weite Verbreitung fände. (Hört, hört! bei den Soz.) Auch hat er dabei etwas urkommunistische Neigungen bewiesen, indem er ganze Seiten anderen Schriftstellern entlehnte, ohne davon Mitteilung zu machen. (Hört, hört!) Herr Semler gab Zahlen an über die Entwickelung der deutschen Schutzgebiete. Die sind uns auch bekannt, aber er hätte auch das Gegenstück anführen sollen, die großen Beträge, die wir in Deutschland aufwenden müssen, um solche wirtschaftlichen Ergebnisse in den Kolonien zu zeitigen. Mir erscheint es doch fraglich, ob die Summe von Arbeitslohn, die die Arbeiter dadurch verdienen, weil Waren nach den Kolonien ausgeführt werden, so hoch sind, wie die Steuern, die sie zahlen müssen, damit die Mittel für die Kolonien aufgebracht werden. Daß die Kolonialverwaltung allmählich zulernt, freut uns. Auf den Staatssekretär hat offenbar die häufige Lektüre der „Sozialistischen Monatshefte" etwas eingewirkt, sodaß er einen rosaroten Schimmer bekommen hat, dadurch, daß er soviel Arbeiten von Sozialdemokraten gelesen hat. (Heiterkeit.) Prinzipielle Erklärungen über unsere Stellung zur Kolonialpolitik haben wir nicht mehr nötig, viel eher die Liberalen, die so häufig in diesen Fragen gewissermaßen im Handumdrehen umgelernt haben. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wir stehen auf dem Boden der Tatsachen. Die Periode der Kolonialphantasterei, die so lange im Bürgertum herrschte, ist vorüber. Der Weg von 1907 war noch basiert auf dem niederträchtigsten Kolonialschwindel. (Sehr wahr! bei den Soz.) Inzwischen hat man einsehen gelernt, daß keine der Kolonien als Siedelungsgebiet für Deutsche in Frage kommt. Zu den alten Lasten von 250 Millionen sollen jetzt wieder 250 Millionen Kolonialschulden aufgenommen werden. Wieder sollen wir uns für neue Bahnbauten ins Zeug legen. Bisher aber rentiert sich keine der Bahnen, die Deutschland gebaut hat. Auch der Reichszuschuß für die Kolonien ist wieder höher geworden. Gegen die Menschenjagden in Südwestafrika hat sich auch der bekannte Afrikareisende Dr. Schillings gewandt, der feststellt, daß die Löwenplage so zugenommen hat, weil die Löwen sich an Menschenfleisch geradezu haben mästen können. (Hört, hört! bei den Soz.) Die Eingeborenen müssen als Menschen, nicht als Arbeitsvieh behandelt werden. In fast allen Kolonien ist der Gesundheitszustand schlecht: die weiße Bevölkerung nimmt infolge dessen nicht zu, wohl aber die Chinesen, die in wirtschaftlicher Beziehung bald die Herren des Landes sein werden. Allen Forderungen für die Baumwollproduktionsförderung haben wir zugestimmt; für übertriebene Forderungen ist allerdings kein Platz. Den Staatssekretär nennen die Samoaner den „schönen Vielversprechenden". (Heiterkeit.) Was er gestern über die Arbeiterfrage sagte, hat uns durchaus sympathisch berührt. Leider stimmen die Taten nicht mit den schönen Worten überein. Daß die weißen Arbeiter sich gegen die Konkurrenz ausländischer Arbeiter wehren, ist selbstverständlich, aber nicht, weil diese andersfarbig sind, sondern weil sie Lohndrücker sind. 300 Mark werden im Jahre an einen Farbigen an Lohn gezahlt. (Hört, hört! bei den Soz.) Das ist den Farmern schon zu viel, und die Regierung hat ihnen versprochen, dafür zu sorgen, daß die Löhne nicht höher werden. Das ist eine sonderbare Art vormundschaftlicher Fürsorge für die schwarzen Kinder. (Sehr wahr! bei den Soz.) Sie kommt in Wahrheit den Farmern, also den ausgewachsenen weißen Kindern, zugute. Den Eingeborenen werden Arbeitsmethoden aufgedrängt, die zu ihrem Kulturzustand nicht passen. Mit falschen Versprechungen wirbt man die Leute als Arbeiter an. Ihre Heranziehung zum Hafen- und Eisenbahnbau ist geradezu ein Krebsschaden für das Land: der Landbau wird vernachlässigt, das Familienleben geschädigt. Zahllose Uebergriffe gegen die Eingeborenen kommen garnicht zur Kenntnis der Behörden. Weil der Gouverneur die Ovambos nicht zur Arbeit nach Südwestafrika einführen will, wird er von den Farmern angegriffen. Dabei herrscht im Ovamboland aus Mangel an Menschen beinahe Hungersnot. Daß die in Südwestafrika arbeitenden Ovambos geprügelt werden, ist nicht verwunderlich, denn in einem Falle, der zur Anzeige kam, erfolgte Freisprechung. (Hört, hört! bei den Soz.) Und die Farmer verspotteten den Beamten, der die Anzeige erstattet hatte, als Ritter von der traurigen Gestalt. Der Beginn der Kolonialpolitik und die ganze Siedelungspolitik ist nichts als ein eklatanter Rechtsbruch, bei denen den Leuten ihr Land genommen wird. (Sehr wahr! bei den Soz.) In den vier Schutzgebieten sind nicht weniger als 7389 Prügelstrafen verhängt worden. Will man wirklich als Vormund der Schwarzen handeln, so muß dieser schimpflichen Prügelei ein Ende gemacht werden. (Sehr richtig! bei den Soz.) Kamerun heißt überall das Fünfundzwanziger-Land, nämlich das Land, wo stets zu 25 Hieben verurteilt wird. Ein Weißer, der ein 10jähriges schwarzes Mädchen vergewaltigte, daß das Kind starb, wurde zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt; die Farmerpresse fand dies Urteil zu hart. Ein 16jähriger Neger, der ein 4jähriges weißes Kind vergewaltigt hatte, erhielt 8 Jahre Zuchthaus, und in diesem Falle heulte die Farmerpresse, das Urteil sei zu milde, an den Galgen mit dem Kerl! Der Gouverneur trug dieser Stimmung Rechnung und hob das Urteil auf, damit ein Todesurteil gefällt werden könnte, was auch geschehen ist. (Hört, hört! bei den Soz.) Der Gouverneur bestreitet das; sollte es zutreffen, so verdiente er infam kassiert zu werden. (Sehr richtig! bei den Soz.) Für die wirtschaftliche Erschließung der Schutzgebiete sind auch wir, aber Eisenbahnen können nicht in dem Hurratempo gebaut werden, wie es gestern verlangt wurde. Auch die Selbstverwaltung verdient Förderung, aber keinesfalls darf eine Handvoll Weißer nach Belieben über das Eigentum der Eingeborenen verfügen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Für Regierungsschulen sollten möglichst große Mittel aufgebracht werden, damit die Eingeborenen nicht in die Religions- und Missionszänkereien hineingezogen werden. Aber auf dem Gebiete des Schulwesens wird der verstiegenste Herren- und Rassenstandpunkt vertreten. Mit allem Nachdruck verlangen wir die Aufhebung der Hausklaverei. Unsere positive Mitarbeit geht aus unserer Zustimmung zu einer Reihe von Anträgen in der Kommission hervor. Die gestrigen Angriffe auf unsere Haltung zur Kolonialpolitik waren also ganz unbegründet. Wir bekämpfen nach wie vor jede Art von Ausbeutung und Knechtung und werden uns mit aller Kraft für die Förderung der geistigen und wirtschaftlichen Entwickelung der Schwachen und Unterdrückten einsetzen. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Hartrath (Z.) wünscht Förderung der Haushaltungs- und sonstigen Frauenschulen in den Kolonien.

Dr. Müller-Meiningen (Vp.): Wir haben unsere Haltung zur Kolonialpolitik allerdings geändert, aber in der Zeit von Stübel bis zu Solf hat sich auch das Verwaltungssystem geändert. Auch die Sozialdemokraten sollten nach dem Rufe ihres holländischen Genossen van Kol aus ihrem Schmollwinkel herauskommen und endlich praktisch mitarbeiten. Die Reden der Abgg. Henke und Noske werden sicher in einigen Wochen wörtlich in den Hottentottenzeitungen abgedruckt werden. (Heiterkeit.) Den Ausführungen des Staatssekretärs über die Eingeborenen- und Arbeiterfrage können wir zustimmen. Das beste Mittel, die Eingeborenen zur Arbeit zu erziehen, sind sicher die Schulen. Aber der Staat muß eine planmäßige Aufsicht über die Missionsschulen ausüben. Auch ist dringend eine Verbesserung der Regierungsschulen notwendig, die am meisten zur Paralysierung des islamitischen Einflusses beitragen. Religiöse Propaganda darf das Reich nicht treiben; hier sollte uns das Beispiel Englands zur Nacheiferung dienen, das ein ungeheures islamitisches Reich besitzt und sich sorgsam vor der Einmischung in die religiösen Gefühle der Bewohner seiner Länder hütet. (Bravo! bei der Volkspartei.)

Keinath (NL.): Unsere ganze Kolonialpolitik ist allerdings Saat auf Hoffnung, sie berechtigt uns aber doch zu einem gewissen Optimismus. Die Kolonialkriege dürfen nicht so beurteilt werden, wie europäische Kriege. Die Kosten der Schutztruppe sind freilich sehr hoch, man sollte die Ansiedler zum Kriegsdienst mit heranziehen. Die Ausführungen des Staatssekretärs zur Eingeborenenfrage waren freilich ein wenig theoretisch, doch haben wir das Vertrauen zu ihm, daß er den schönen Worten auch die Taten folgen läßt. Für notwendig halten wir eine Vermehrung der Regierungsschulen. In der Siedelungsfrage stehen wir auf dem Standpunkt des Herrn v. Liebert. (Bravo! bei den Natl.)

Dr. Oertel (Kons.): Vor allem sollten wir Frauen nach den Kolonien bringen, denn Frauen sind unser bester Ausfuhrartikel. (Große Heiterkeit.) Zwischen den Anschauungen des Abg. Noske und dem meinigen klafft eine unüberbrückbare Kluft, es ist mir unverständlich, wie man im Zusammenhange mit unserer Schutztruppe von Menschenschlächterei und Massenmord sprechen kann. (Bravo! b. d. bürgerl. Parteien.) Wie Herr Noske sich zu dem Ausspruch versteigen konnte, Kolonialpolitik und Recht ist unvereinbar, ist mir ebenfalls unbegreiflich. (Bravo! rechts.) Ueber die Eingeborenenfrage hat der Staatssekretär sehr schön, aber doch nur theoretisch gesprochen; praktisch ist Kultur ohne Christentum nicht möglich, und Erziehung zur Kultur kann nur Erziehung zum Christentum sein. (Brvo! rechts und im Ztr.) Inbezug auf die Siedelungsfrage steht die Autorität des früheren Staatssekretärs Dr. v. Lindequist derjenigen des Gouverneurs Dr. Schnee gegenüber. Eine Klärung scheint hier dringend notwendig. In Südwestafrika scheint die Lage der Farmer sehr trübe; eine schleunige Kredithilfe für sie ist dringend notwendig. — Zum Schluß noch eine Bitte: man sollte doch die afrikanischen Ortsnamen in den Schutzgebieten durch deutsche Namen ersetzen. (Abg. Ledebour: Hohenzollernland!) Ich würde auch gegen ein Ledebourdorf nichts einzuwenden haben. (Htkt.)

Staatssekretär Dr. Solf: Meine Anschauungen über die Eingeborenenfrage sind nicht hier theoretisch, sondern in Samoa entstanden. — Trotz meiner Hochachtung vor Dr. v. Lindequist kann ich seine Schlußfolgerungen in der Siedelungsfrage nicht teilen. Eine bestimmte Größe für eine Mittelsiedelung kann man nicht angeben, es wird immer auf die Erfahrung und Tüchtigkeit des Ansiedlers ankommen; ohne ein Kapital von 30 000 Mark bis 40 000 Mark wird ein Ansiedler in den Kolonien nicht mit Erfolg arbeiten können. — Herr Noske fragte nach dem Schicksal der unglücklichen verbannten Hottentotten. Der Gouverneur von Südwestafrika hat erhebliche Bedenken gegen ihre Zurückbeförderung in die Heimat. Nun sind aber die Hottentotten in Kamerun durch die klimatischen und sonstigen Einflüsse dezimiert. (Hört, hört! b. d. Soz.) Ich habe mich deshalb noch einmal an den Gouverneur in Windhoek gewandt, er möchte doch die Bedenken zurückstellen. Aufdrängen aber werde ich ihm meine Meinung nicht. Damit werden die Herren jedenfalls einverstanden sein, die eine gewisse Dezentralisation wünschen. (Bravo!)

Dr. Mumm (Wirtsch. Vgg.): Zum Staatssekretär können wir Vertrauen haben; mit Pessimismus wird nichts erreicht. Ich erinnere an das Wort Stöckers: „Der Pessimist ist der einzige Mist, auf dem nichts wächst!" (Gr. Htkt.) Das wichtigste ist die Missionstätigkeit in den Kolonien. Man spricht von Menschenjagden; in früheren Jahrhunderten haben viel schlimmere Menschenjagden zwischen den einzelnen Stämmen stattgefunden, heute aber ist es erreicht, daß der Eingeborene ruhig in seiner Hütte schlafen kann, ohne befürchten zu müssen, vom Feinde überfallen zu werden. (Lebh. Sehr richtig! rechts.)

Dr. Weill (SD.): In der Frage der Konzessionsgesellschaften und der Notwendigkeit eines Kampfes gegen sie bestehen wesentliche Meinungsverschiedenheiten nicht; der Reichstag hat bei jeder Gelegenheit insbesondere bei den Verhandlungen über das Kongoabkommen das Prinzip der Handelsfreiheit vertreten. Dieselbe Stellung hat auch die Deutsche Kolonialgesellschaft damals eingenommen und die deutsche Regierung. In der Denkschrift über die Neuerwerbungen in Aquatorialafrika ist der schlechte Zustand der an Deutschland neu übergangenen Gebiete auf die Konzessionsgesellschaften geschoben, deren Uebernahme der Reichskanzler unter den Schattenseiten des Vertrages aufgezählt hat; er meinte freilich, unter der deutschen Gerichtsbarkeit würde es anders werden. Das gewährt aber keinerlei Sicherung gegen den Einfluß der Konzessionsgesellschaften. Wir haben auch allen Grund, zum Mißtrauen dagegen, daß die Regierung entschlossen ist, den Kampf gegen die Vorherrschaft der Konzessionsgesellschaften mit Entschiedenheit aufzunehmen. Die Denkschrift von 1911 spricht mit merkwürdiger Diskretion von einem Vorgang, der in Deutschland so gut wie keine, in Frankreich dagegen desto größere Beachtung gefunden hat, nämlich von dem Versuch; Verhandlungen zwischen der Ngoko-Sangha-Gesellschaft und jenseits der Grenze gelegenen deutschen Gesellschaften anzubahnen. Diese Verhandlungen sind zwar gescheitert und inzwischen nicht wieder aufgenommen worden, doch wird sich fragen, ob sie nicht in etwas anderer Form doch aufgenommen worden sind. Jedenfalls geht aus der Denkschrift deutlich hervor, daß die Regierung solchen Versuchen nicht unsympathisch gegenübersteht. (Hört, hört! b. d. Soz.) Natürlich müßten solche Verhandlungen eine Stärkung der Konzessionsgesellschaften zur Folge haben. Gegen den Ernst der Regierung, die Gesellschaften zu bekämpfen, müssen wir vor allem deswegen Mißtrauen hegen, weil sie sich selbst an diesen Verhandlungen von 1909 und 1910 beteiligt hat. (Hört, hört! bei den Soz.) Den Gesellschaften wirft man sowohl die Art ihrer Gründung vor, dann vor allem die unerhörten Verträge, die sie mit den Eingeborenen geschlossen haben und den Raubbau, den sie am Kautschuk betreiben. „Ihre Tätigkeit ist die organisierte Plünderung der Kolonie gewesen" (Hört, hört!), sagt ihr der Franzose Violette nach. Ganz derselben Art sind die Vorwürfe, die gegen das Kamerun-Kautschuk-Syndikat erhoben worden sind. Es kann uns nicht gleichgültig sein, daß die deutsche Regierung solche Bestrebungen unterstützt. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Diese Bestrebungen haben auch hier im Abg. Semler einen Fürsprecher gefunden (Hört, hört! b. d. Soz.) Freilich im Gegensatz zu der Fraktion, die sich für die Handelsfreiheit ausgesprochen hat. Für meine Behauptung, daß die Verhandlungen von der deutschen Regierung unterstützt worden sind, ja, daß die deutsche Regierung direkt daran teilgenommen hat, gibt es amtliche Belege. Die Ngoko-Sangha-Gesellschaft schreibt am 17. Januar an den Minister des Auswärtigen in Paris, die deutsche Regierung habe den Dr. Semler mit diesen Verhandlungen beauftragt. (Lebh. Hört, hört! b. d. Soz.) Am 21. Mai wird geschrieben, Dr. Semler würde in Paris dem Minister durch den deutschen Botschafter vorgestellt werden. Der Berichterstatter der französischen Budgetkommission erwähnt ein Schreiben des Ministers an Herrn Deschan, in dem es heißt, die deutsche Regierung habe Dr. Semler als denjenigen bezeichnet, der mit den Verhandlungen beauftragt worden sei. (Zurufe des Abg. Semler.) Herr Dr. Semler wundert sich über das Erstaunen meiner Freunde. Sicherlich hätte die deutsche Regierung besser getan, sich eine größere Zurückhaltung aufzuerlegen. Der Berichterstatter der französischen Budgetkommission sagt, man zählt mit Behagen die Titel des Dr. Semler auf, Rechtsanwalt in Hamburg, Mitglied des Reichstages, Berichterstatter im Reichstag für den Etat des Kolonialamts (Lebh. Hört, hört! b. d. Soz.), Vorsitzender der Südkamerun-Gesellschaft usw. Es ist Herrn Dr. Semler zum Vorwurf gemacht worden, daß er trotz seines Interesses an den Dingen das Referat zum Kolonialetat übernommen habe. Dr. Semler hat erklärt, er erblicke keinen Zusammenhang zwischen seiner Tätigkeit für die Gesellschaften und seiner Tätigkeit als Berichterstatter. Ich bin gern so wohlwollend, ihm zu glauben, daß er diesen Zusammenhang nicht erkennt; aber objektiv steht die Tatsache fest, daß die Eigenschaft des Herrn Dr. Semler als Berichterstatter für den Etat des Kolonialamts als Beweis für seine Qualifikation zu geschäftlichen Verhandlungen angeführt worden ist, und da sollte der Reichstag doch darauf Wert legen, daß Dr. Semler nicht auf einen der delikaten Posten gestellt wird. (Lebhaftes Sehr wahr! b. d. Soz.) Auch in andern Fällen haben Beamte der Regierung eine Tätigkeit entfaltet, die durchaus nicht eine Förderung der Handelsfreiheit bedeutet. So hat die Compagnie Forestière in ihrer Hauptversammlung am 17. Novbr. 1912 mit Befriedigung konstatieren können, daß nach der Abtretung Neu-Kameruns an Deutschland ihre Geschäfte durch die deutsche Regierung nicht im geringsten gestört worden seien. Das haben also alle ihre eigentümlichen Verträge mit den Eingeborenen, ihr Raubbau an Kautschuk usw. nicht verhindert. Ferner soll eine andere Gesellschaft die Unterstützung der Regierung erfahren haben. Es handelt sich da um den Bau der Bahn von Duallah bis an den Kongo, der auch gestern von Herrn Semler sehr lebhaft befürwortet worden ist. Ich habe die Befürchtung, daß die betreffende Konzessionsgesellschaft durch die Fortführung dieser Bahn in der genannten Richtung eine erhebliche Kräftigung erfahren wird. Es haben schon früher in Paris und in Berlin über diesen Bahnbau zahlreiche Verhandlungen stattgefunden und Herr Dr. Semler hat dabei ein lebhaftes Interesse dafür an den Tag gelegt. Der Botschaftsrat in Paris v. d. Lanken hat sich der Vermittlung des Herrn Dr. Semler bei der Förderung dieser Geschäfte bedient. Ich finde nicht, daß es Aufgabe eines deutschen Botschafters in Paris ist, solche Konzessionsgesellschaften zu unterstützen. Es ist uns natürlich ganz gleichgültig, welche Privattätigkeit etwa Herr Dr. Semler ausübt, und wenn es ihm so schlecht geht, wie in Paris, wenn er so abfallen muß wie in diesem Falle, so ist das sein Pech. Das ist mir persönlich ganz gleichgültig, ich habe für ihn das Mitgefühl, das seiner Wirksamkeit entspricht, aber ich glaube, wir können verlangen, daß, wo es sich um ganz private Geschäftsinteressen handelt zugunsten einiger großer Konzessionsgesellschaften, die Beamten der Regierung sich eine größere Reserve auferlegen. Es würde nicht schaden, wenn der Botschaftsrat v. d. Lanken in die Grenzen einer normalen und angemessenen Tätigkeit zurückgewiesen würde. (Sehr wahr! bei den Soz.) Man sollte die Konzessions-

gesellschaften durchaus nicht irgendwie zärtlich behandeln, man sollte vor keinem Mittel ihm gegenüber zurückschrecken, auch nicht vergessen, daß z. B. vorgesehen ist das Mittel der Entsetzung, und daß vor allem das Ziel der Handelsfreiheit im Auge behalten werden muß. Ich betone nochmals, daß im ganzen Hause Übereinstimmung herrscht über die Notwendigkeit des Kampfes gegen die Konzessionsgesellschaft. Wir haben diese Kolonialpolitik niemals unterstützt, aber wir denken daran, welche schweren Lasten sie dem Volke aufzwingt, und wir erheben entschieden den Anspruch, daß diese Opfer von der Regierung respektiert werden. Die kostspieligen, mit teuren Opfern erkauften Gebiete dürfen wir nicht einem brutalen und skrupellosen Regime moderner kapitalistischer Konquistatoren ausliefern. (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Dr. Semler (NL.): Ich bin durch diesen Angriff überrascht und habe kein Material. Aber ich brauche doch Material auch gar nicht. Daß irgend etwas dergleichen in der Luft lag, wußte ich bereits heute. Es ist mir mitgeteilt worden, die Sozialdemokraten wollen mir etwas anhängen, weil ich gestern die völlige Dürftigkeit ihres Standpunktes in der Kolonialfrage scharf kritisiert habe. Dazu sollte ich nun an den Pranger gestellt werden. (Gr. Unruhe bei den Soz.) Das nennt man eine kleine Intrige. (Lachen bei den Soz.) Die meisten von dem Vorredner vorgebrachten Tatsachen sind längst bekannt; Herr Erzberger bestätigt mir das. Wenn mir nicht von sozialdemokratischer Seite, aber sonst von irgend jemand der Wink gegeben werden sollte, daß meine Stellung nicht ganz lauter wäre, würde ich dem sofort Folge geben, und, wie ich früher schon mein Referat über Kamerun niedergelegt habe, auch mein Referat über den Hauptetat niederlegen. Worum handelt es sich denn? Ich wurde vor einigen Jahren gefragt, ob ich bereit sei in den Aufsichtsrat der Gesellschaft Süd-Kamerun an leitender Stelle zu treten. Sie gab damals keine Dividenden und Tantiemen. Das lag mir bei meinem bürgerlichen Beruf als kaufmännischer Anwalt in Hamburg nahe. Wir können doch nicht alle Journalisten, Schauspieler oder sozialdemokratische Beamte sein. (Gr. Unruhe bei den Soz.) Wir müssen einen bürgerlichen Beruf haben, von dem wir in Ehren leben, (Lachen bei den Soz.) der uns die Möglichkeit gibt, die Dinge hier im Reichstag vom grünen Baum der Praxis zu beurteilen. Sonst dürften hier keine Landwirte keine Spiritusinteressenten, dann dürften hier auch keine Sozialdemokraten sitzen, denn Sie alle (zu den Soz.) leben ausschließlich vom Geschäft. (Gr. Lärm und Unruhe bei den Soz.) Süd-Kamerun ist dann eine ganz vernünftige Gesellschaft geworden, die gut vorwärtsgekommen ist. Ich habe mich damals, weil ich mir klar sein wollte, ob irgendwie eine Interessenkollision entstehen könnte, schriftlich an das Kolonialamt gewandt, und mir ist das Gegenteil versichert worden. Ich habe auch bei den Kollegen aus der Budgetkommission herumgefragt, ob ich das tun könne, und man hat mir auch gesagt, es läge kein Bedenken vor. Der Gesellschaft ist es dann immer besser gegangen, sie gibt jetzt auch Dividenden und Tantiemen in vernünftigen Grenzen. Ich frage, ob da irgend etwas Unlauteres dabei ist. Die Gesellschaft hat unter meiner Leitung eine sehr arbeiterfreundliche Politik betrieben. Wenn man hier den Versuch macht, mich, weil ich Ihnen (zu den Soz.) etwas Unangenehmes gesagt habe, in eine peinliche Lage zu bringen (Unruhe und Zurufe bei den Soz.) nur deshalb?! dann setze ich mich darüber hinweg. Ich weiß auch nicht, was es Böses sein soll, wenn mir das Auswärtige Amt einige französische Herren zuschickt, denen ich Kamerun zeigen sollte. Das kommt alle Tage vor. Dann soll ich in Paris abgefallen sein. Dort sitzt ein ganz ausgezeichneter Botschaftsrat, v. d. Lanken, ein kluger und sehr tüchtiger Beamter. Der hat Herren, die sich aus Frankreich an ihn wandten, freundliches Wohlwollen bewiesen und sie auf den richtigen Weg geleitet. Es handelt sich dabei um die Frage der Schiffahrt auf dem oberen Kongo, und es war mir Wichtig auf das neuerworbene Gebiet sehr wünschenswert, wenn neben den Franzosen und Belgiern auch wir Deutsche dort eine Verbindung bekommen. Da habe ich mich mit Freuden zur Vermittlung angeboten, ohne persönliches und geschäftliches Interesse. (Lachen bei den Soz.) Ja, Herr Ledebour, das verstehen Sie nicht, wenn Sie solche Geschäfte führen müßten, da würden allerdings solche Anfragen herauskommen, wie Sie sie mir zumuten. Ich habe mich also mit Freuden bereit erklärt, da mitzuwirken, und voraussichtlich wird schon am 1. April von den Dampfern auch unser Gebiet befahren werden. Das sind die Unterlagen für diese etwas tückischen Angriffe als Revanche für meine gestrige Rede. (Bravo! bei den Natlib.)

Dr. Weill (SD.): Ich weise es zurück, als ob meine Rede eine Revanche für die schreckliche Rede Dr. Semlers von gestern war. Es gehört kein übermäßiger Scharfsinn dazu, zu entdecken, daß ich mein Material nicht erst seit gestern haben kann. Ich wende mich aber dagegen, daß Dr. Semler versucht, den einfachen objektiven Tatbestand zu verschieben. Es ist mir nicht eingefallen, eine Rede gegen oder über Dr. Semler zu halten. Mich interessiert nur die Mißwirtschaft der Konzessionsgesellschaften in Afrika. Wenn Dr. Semlers Name dabei genannt wird, so ist das nicht meine Schuld. Mich interessiert von seiner mehr temperamentvollen als überzeugenden Erwiderung nur, daß er immer noch Referent des Kolonialetats ist. (Sehr richtig! bei den Soz.) Ich will mich trotzdem jetzt noch so stellen, als ob ich glaube, daß zwischen diesem Mann und seiner Privatbahn [illegible] bestehe. Aber gerade wegen dieser [illegible] als Referent wurde er für diese gefährlichen Transaktionen empfehlen. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Dr. Semler müßte uns dafür danken, daß wir ihn auf diese Komplikation seiner Situation aufmerksam machen. (Htk. b. d. Soz.) Wenn er das selbst nicht einsieht, dann muß der Reichstag das genügende Wohlwollen für ihn haben und ihm die Möglichkeit entziehen, in eine so peinliche Situation zu geraten. (Sehr gut! b. d. Soz.) Mich interessiert auch die Mitwirkung der Regierung an solchen Privatgeschäften, die geeignet sind, die Handelsfreiheit noch mehr zu unterbinden und die Konzessionsgesellschaften noch mehr zu stärken. Das ist der Kernpunkt und darüber darf Dr. Semler keinen Schleier werfen. Ich kann die Namen Bassermann, Dr. Wiemer, Haußmann und Beihmann-Hollweg nennen, die im November 1911 in diesem Haus beim Kongoabkommen die Konzessionsgesellschaften scharf verurteilt haben. Aber durch diese Transaktionen, bei denen Dr. Semler mitgewirkt hat, werden die Konzessionsgesellschaften gestärkt. Unsere Schuld ist es nicht, daß der Name Dr. Semler bei dieser ganzen Frage genannt werden werden muß. (Beifall b. d. Soz.)

Damit schließt die Debatte. (Zurufe b. d. Soz.: Und die Regierung schweigt?)

Eine Resolution, die im nächsten Etat höhere Ausgaben für Schutzzwecke fordert, wird angenommen.

Auf eine Anfrage des Abg. Dove (Vp.) erwidert Staatssekretär Dr. Solf, daß die Regierung an der Sammlung und Kodifikation des Eingeborenenrechts mit Hochdruck arbeitet.

Der Etat des Kolonialamts wird bewilligt.

Nächste Sitzung Sonnabend 11 Uhr: Etatnotgesetz und Etats der Kolonien.

Schluß 7 Uhr.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Tarifverhandlungen in der Holzindustrie sind nunmehr so ziemlich auf der ganzen Linie abgeschlossen. Bei der Fortsetzung der Verhandlungen zwischen den örtlichen Vertretern in Berlin ist im Laufe dieser Woche eine Verständigung erzielt für Burg bei Magdeburg, Halle, Hannover, Kiel, Luckenwalde, Lübeck, Magdeburg und Potsdam. In den rheinischen Städten Köln, Düsseldorf und Krefeld ist örtlich weiterverhandelt worden und bereits für Düsseldorf eine Einigung zustande gekommen. Für das Berliner Vertragsgebiet ist als Hauptpunkt noch die Frage der Vertragslöhne strittig. So gut es aber gelungen ist, bei den übrigen Orten mit schwierigeren Differenzpunkten auf dem Verhandlungswege zu einer Verständigung zu kommen, müßte das für Berlin auch möglich sein, besonders, wenn man in Betracht zieht, daß die von den Berliner Holzarbeitern erhobene Forderung einer vertraglichen Lohnregelung in allen übrigen Verträgen schon seit Jahren erledigt ist. So weit noch an anderen Orten Streitpunkte unerledigt geblieben sind, werden die beiderseitigen Zentralvorstände im Auftrage der Ortsparteien versuchen, auch diese Differenzpunkte noch zu erledigen. Ob zu diesem Zwecke von Berlin aus bestimmte Vermittlungsvorschläge den örtlichen Parteien unterbreitet werden, oder ob an den betreffenden Orten eine persönliche Intervention erfolgen wird, steht vorläufig noch nicht fest. Zunächst werden die Vorstände unverzüglich zu diesen Fragen Stellung nehmen und ihre weiteren Maßnahmen so einrichten, daß die diesmalige Vertragsbewegung auf der Grundlage des Schiedsspruchs des Freiherrn von Berlepsch in allen beteiligten Orten ihre Erledigung findet. Da es sich nur noch um wenige Ausnahmefälle handelt, dürfte dieses auch möglich sein. Als Bedingung für die Fortführung der Verhandlungen auf dieser Basis an den noch ausstehenden Orten haben die Arbeitervertreter das Verlangen erhoben, daß die im Schiedsspruch festgesetzten Lohnerhöhungen und sonstigen Verbesserungen der Arbeitsbedingungen auf der ganzen Linie unverzüglich in Kraft treten, was auch vom Vorstand der Unternehmerorganisation anerkannt worden ist. Es gilt als abgemacht, daß am 8. März bei der Lohnzahlung die im Schiedsspruch enthaltenen Erhöhungen der Löhne und Akkordpreise den Arbeitern für die verflossene Arbeitswoche auszuzahlen sind.

Lohnbewegung in den Brotfabriken von Köln und Düsseldorf. Die Brotfabriken haben es abgelehnt, über eine eingereichte Tarifvorlage mit den Organisationsvertretern zu verhandeln. Nicht die Höhe der Arbeiterforderungen war für diese Ablehnung maßgebend, sondern die im Brotfabrikantenverband organisierten Unternehmer weigern sich prinzipiell, die gewerkschaftliche Organisation anzuerkennen und mit dieser einen Tarifvertrag abzuschließen. Die Arbeitseinstellung wird voraussichtlich in den nächsten Tagen erfolgen, es werden in 24 Betrieben etwa 250 Personen in Frage kommen. Zuzug von Bäckern nach Köln und Düsseldorf ist strengstens fernzuhalten.

Soziales.

Gegen die „Volksfürsorge". Bürgerliche Blätter melden, im Reichstagsgebäude habe am Mittwoch eine Besprechung von Angehörigen zahlreicher Organisationen der Arbeiter, Handwerker, Bauern, Kleingewerbetreibenden, Angestellten usw. mit Vertretern der Verwaltung der Deutschen Volksversicherung A. G. über die allgemeinen Versicherungsbedingungen und die Tarife der Gesellschaft stattgefunden. Weiter wurde die Frage besprochen, in welcher Weise am zweckmäßigsten die in den Organisationen ruhenden Kräfte für die gemeinnützige Volksversicherung nutzbar gemacht werden können. In der Erörterung wurden die Richtlinien für das weitere Vorgehen festgelegt und den hiernach geplanten Einrichtungen von allen Seiten die volle Zustimmung zuteil. — Frühe kümmerten sich diese Kreise um eine Volksversicherung nicht.

Aus Nah und Fern.

Achtzehn Monate Gefängnis für eine Suffragette. Joyce Locke, oder wie sie wirklich heißt, Olive Wharry, eine der in Kew Gardens festgenommenen Frauenrechtlerinnen, wurde heute vom Gerichtshof Old Bailey der beabsichtigten Einäscherung des Teepavillons im Londoner Botanischen Garten schuldig befunden und zu achtzehn Monaten Gefängnis und den Kosten des Verfahrens verurteilt. Die Angeklagte soll außerdem eine Kaution von 200 Pfund Sterling stellen dafür, daß sie sich zwei Jahre lang gut beträgt. Der Richter hielt ihr vor, daß sie mit ihrem unverantwortlichen Vorgehen nicht nur Reiche, sondern auch Arme, nicht nur Männer, sondern auch Frauen schwer schädige. Die Verurteilte protestierte stürmisch gegen ihre Verurteilung und erklärte, sie wolle weder etwas zahlen noch die Gefängnisstrafe absitzen.

Zwei Schiffe durch eine Explosion zerstört. An Bord einer Barke, die neben einem britischen Dampfer im unteren Hafen von Baltimore Dynamit einlud, ereignete sich gestern eine Explosion. Beide Schiffe wurden vollständig zerstört. Der Dampfer hatte eine Besatzung von 23 Mann, die auf der Barke arbeiteten. Die Anzahl der bei der Dynamitexplosion auf dem Dampfer Alum Chine Verunglückten schätzt man jetzt auf 43 Getötete, die der Verletzten auf 150.

Riesenbrand in Jokohama. Eine gewaltige Feuersbrunst hat gestern im Geschäftsviertel der Stadt die Börse, mehrere Seidenwebereien und Warenhäuser, sowie etwa 250 andere Gebäude eingeäschert. Der Schaden wird auf eine halbe Million Yen geschätzt.

Untergang eines Dampfers. Das Dampfschiff „Elsa und Hugo Staenner" ist auf der Fahrt von Tyne nach Königsberg mit Mann und Maus untergegangen.

Handels- und Marktnachrichten.

Hamburger Sternschanz-Viehmarkt vom 7. März.

Auftrieb 411 Schweine. Markt ruhig.

Es wurde gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara:

Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., 76,— bis 77,00 (61,— bis 61,50), mittelschwere Ware, von 240—260 Pfd., Tara 20 Proz., —,— bis 76,00 (—,— bis 61,00), Mittelware, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., 76 — bis 77,00 (59,— bis 60,00), gute leichte Ware unter 200 Pfd., Tara 22 Proz., 76,— bis 77,00 (59,50 bis 60,—), geringere Ware, Tara 24 Proz., 70,00 bis 74,00 (53,00 bis 56,00), Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 74,— bis 75,00 (59,— bis 60,00), Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent, 70,00 bis 73,00 (54,50 bis 57,00).

Hamburger Butterpreise.

Hamburg, den 7. März.

1. Qualität	143—147 Mk.
2. Qualität	129—135 „
Russisch-Sibirische 1. Qualität, verzollt	128—132 „
Russisch-Sibirische 2. Qualität, verzollt	118—127 „

Nie erlahmen

darf die Arbeiterschaft in dem Bestreben, für ihre Ziele Propaganda zu machen. Das beste Hilfsmittel dabei ist

die Arbeiterpresse.

Jetzt ist die beste Gelegenheit, neue Leser und Abonnenten zu werben. An dieser Arbeit muß sich jeder Arbeiter, jeder Parteigenosse beteiligen. Jeder muß dessen eingedenk sein, daß es Pflicht ist, bei jeder Gelegenheit

für den „Lübecker Volksboten" zu agitieren.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co, Sämtlich in Lübeck.

Drucksachen jeder Art für Beamte, Handwerker und Gewerbetreibende werden sauber und pünktlich ausgeführt in der Buchdruckerei des „Lübecker Volksbote"

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Heimgange unserer lieben Mutter und Schwiegermutter **Johanna Hoildorf** sprechen wir hiermit allen Freunden unseren tiefsten Dank aus. (1779
Die Namen der Hinterbliebenen
Adolf Löwigt u. Familie.

Junge Frau sucht eine Wiegenfrau oder Mädchen zu bringen. Gefällige Angebote unter **B D 3** an die Expedition dieses Blattes. (1761

Suche zu sofort oder zu Ostern einen jungen Mann von 14—17 Jahren zu Gärtnerei. **Radfahrer** bevorzugt. Kleine Vergütung und gute Lehre. Mit Gelegenheit **Timmendorferstrand** bei **Timmendorf.** Bei Zusagen Photo erwünscht. (1758

Zwei Gartenwohnungen
zum 1. April zu vermieten.
1791) Jägerhof Grenzweg 37.

Hans Grenz sucht eine **Drei-Zimmer-Wohnung** in der Stadt bis 30 Mk. Angeb. unter **C D 12** an die Expedition bel. Bl. (1762

Ein Anderwagen zu verkaufen.
1757) Sophienstraße 31 I.

Guter Kinderstuhl zu verkaufen.
1748) **Kastner,** Kl. Petersgrube 2, II.

Klappbare Sportkarre, 250 Mk., und **Phonographen-Walzen** billig.
1749) Barendorpstraße 68, part.

Billig zu verk.: **Chaiselongue, Tisch, Waschk., Kleiderschrank, Holzkoffer.** (1765) Schwönekenquerstr. 28.

Eine eiserne Bettstelle m. Matratze und ein weißer kat. Hahn billig.
1741) Schützenstr. 51a.

Zu verk. ein guterhalt. gepolster. **Sportwagen** mit Nickel u. Gummi.
1740) Brelingstr. 46 III.

Billig zu verk. **e. Hasch. Bettstelle** m. Seegrasmatratze, Herr.-Sommerüberzieher u. ein schwarzer Anzug Mittelstand.
(1755) Schützenstr. 38 a, II.

Ein **Sportwagen** zu verkaufen.
1757) Kl. der Mauer 138.

Ein gut erhalt. **Damen-Fahrrad** billig zu verkaufen.
1756) Sedanstr. 5, I.

Zu verkauf. dunkelblaues Kostüm und kleiner Kimono-Mantel, sehr gut erhalten. (1779
Barnstorfer Str. 19a, 2. Et.

Vor 100 Jahren

war es nur den Reichen möglich, sich ein Porträt anfertigen zu lassen. Heute kann sich jeder für wenig Geld **gute** :: **Bilder** verschaffen. Denn das photographische Atelier ::

Fernspr. 1057 **Samson & Co.** Breite Str. 39

liefert (1800

12 Visit glanz von 1.80 Mk. an Kabinett glanz von 4.90 Mk. an

12 Visit matt von 4.— Mk. an Kabinett matt von 8.— Mk. an

Trotz dieser billigen Preise erhalten Schüler :: und **Konfirmanden** Preisermäßigung ::

Atelier den ganzen Tag, auch Sonntags von 9—7 Uhr geöffnet.

Ein gut erhaltener **Sitz- und Liegewagen** mit Gummireifen zu verkaufen. (1761
Karpfenstraße 28 I.

Ein Kinderwagen m. Gummireifen zu verkaufen. 8 Mk. (1751
Wickedestr. 28, 2. Et.

Gut erh. Kinderklappstuhl zu verkaufen.
1754) Friedenstr. 45, 1. Et.

Ein **Fahrrad** mit Torpedo-Freilauf u. eine schottische **Karre** billig zu verkaufen. (1759
Sedanstraße 12, part.

Ein Fuder Erbsenbusch ist am **Sonntag morgen** von 8—9 Uhr zu verkaufen. (1756
Brockesstraße 31.

Leere Farbetonnen
vorrätig.
Expedition d. „Lüb. Volksboten".

Fahrrad m. Freilauf, Puppenwag. m. Gummi, Kn.-Blockwagen, Drehangel, neuer Jackettanzug, Gaslampe. (1752) Königstr. 33. pt. r. H.

Menkefeld, Kirchenstr. (110

Bill. Baupl., 10 Min. v. d. el. Bahn. R. Heinr. Sorge, Breite Str. 52 u. Schw.

Guterhalt. Fahrrad

zu verkaufen. (1768
Klapvenstraße 20, I.

Verkaufe **3 Häuser**, je 2 Wohnungen u. je 3 Zimmer nebst Zubehör im Preise von 7500-9000 Mk. Anzahlung 600 Mk. Reiferstr. 10b.

Passendes Konfirmationsgeschenk. **Spiral-Hosenträger** (gesetzlich geschützt) zu verkaufen. (1783
H. Timper, Ludwigstraße 68, I.

Graues **Konfirmations-Jackett** und ein schwarzes **Tuchjackett** Nr. 44 und 46 billig zu verkaufen.
(784) Tünkenhagen 2.

guterh. Kinderbettstelle

mit **Matratze** 6 Mk.
(807) An der Mauer 1 I.

Zu verkaufen ein **Nähmaschinenkopf.** Paulstr. 26. (1742

Zu verk. zusammenlegb. **Balkonmöbel, K.-Klappstuhl, Stehlampe.**
(745) Buleksstr. 20, I.

Ein gut erhaltener **Kinderwagen** auf Gummi u. Nickel zu verkaufen.
(788) Engelswisch Nr. 17, I.

Eine große **Naturpalme** und ein **Spotwagen** zu verkaufen.
(778) Sadowastraße 13, II.

Neue **Brotschneidemaschinen** für den Familiengebrauch für 8 Mk. u. 10,50 Mk. pro Stck. werd., s. lg. Vorr. n. abgeg. (1766) Schützenstr. 56a I.

Ein **Schleifstein** für Handbetrieb, eine **Ziehharmonika** u. e. **Akkordzither** mit ca. 15 Unterlegbl. billig zu verkaufen. (1764
Stocker, Ratzeburger Allee 13.

Zu verkaufen alte Bretter

für Gartenbude.
(749) Warendorpstraße 23. p., Hth.

Guterhaltener **Sitz- und Liegewagen u. Gasherd** billig zu verk.
(747) Glandorpstr. 9, I.

Ein gut erhalt. verstellb. **Sportwagen** auf Gummi zu verkaufen.
(739) Attendornstr. 47, p.

Gefunden in der Gewerbesstraße ein **Portemonnaie** mit Inhalt. Abzuholen gegen Insertionskosten.
(793) Werderstr. 3, part.

Aerztlicher Sonntagsdienst

am 9. März von 1 Uhr ab. (1750
Dr. med. **Heddinga,** Geibelplatz 1
Dr. med. **Stoffer,** Kronsf. Allee 13.
Dr. med. **Dinkgraeve,** Moisl. Allee 22

Kartoffelland,

gut gedüngt, □Rute 50 Pfg. ist zu verpachten. (1304
Callies, Wesloe.

Am Sonntag, dem 9. März, wird

Kartoffelland

auf meiner Lohkoppel von 8 Uhr an vermessen. 1706
Stockelsdorf. **E. Rottgardt.**

Als Schneiderin

empfiehlt sich (1753
Fr. Kirchner, Rottwitzstr. 54, pt. l.

Strumpfstrickerei. Strümpfe w. m. Maschine gestrickt. Neue je n. Länge Paar 50-80 ₰, Vorstr. 25-50 ₰
(767) Elswigstraße 40. Hinterh.

Für Kaninchenzüchter.

Empfehle meine 12 hochf. Deckrammler versch. Rassen: habe einige gute Zucht- u. Jungtiere abzugeben. Daselbst eine gr. Fuhre Dung.
(784) **Marlistraße 29a.**

Glasscheiben

aller Art billigst, auch im einzelnen. Kitt, Draht, Glasersiam. v. 4 ₰ an. Oscar Tauchnitz, Fensterglas-Handl. Hüxtertor-Allee 13. — F. 808. (405

Alte Straußfedern

werden zu schönen
Pleureusen geknüpft.
A. C. Füber, Lübeck,
Schwartauer Allee 3 d. (1786

Lübecker

Genossenschafts-Bäckerei

e. G. m. b. H.

Die in der Generalversammlung vom 6. März 1913 beschlossene Dividende von 20% in Brotmarken kann von Montag, den 10. März ds. Js., ab gegen Vorzeigung der Guthabenscheine im Geschäftslokale, Töpferweg 65, an den Wochentagen vormittags von 9—12 Uhr, nachmittags von 3—6 Uhr, in Empfang genommen werden.
(766) **Der Vorstand.**

Spezial-Angebot für die Konfirmation!

Anzüge blau u. marengo, ein- u. zweireihig
9.50 11.80 15.90 19.80 bis 39.—

Hüte, Schlipse, Kragen, Manschetten,
Vorhemden, Taschentücher,
Hosenträger, Schirme,
Portemonnaies

in geschmackvoller **Auswahl** besonders preiswert.

Johann Dittmer, Drögestr. 12a.
Ecke Warendorpstraße. (1806

Zur Konfirmation!!

Konfirmanden-Anzüge 11,75 M an.
blau oder schwarz Cheviot, zweireihig, eleganter Schnitt . . . . von

Konfirmanden-Anzüge 16,50 M an.
blau oder schwarz Kammgarn, zweireihig, hochelegant . . . . . von

Konfirmanden-Anzüge 23,50 M an.
prima Kammgarn oder Cheviot, blau oder schwarz, auch grau Marengo, Ersatz für Massarbeit, zweireihig von

Konfirmanden-Stiefel 5,90 M an.
in allen Lederarten, modernen Formen, mit oder ohne Lackkappe . . . . von

Konfirmanden-Hüte, Wäsche, Krawatten, :: Handschuhe :: :: Hosenträger usw. ::
in grosser Auswahl zu billigsten Preisen.

Achtung! Von **Sonnabend, den 8. ds. Mts.** an gebe zu jedem Konfirmanden-Anzug, gleichviel in welcher Preislage, einen **eleganten, schwarzen, steifen Hut** in modernster Form **gratis!**

Spezialhaus für Herrenkonfektion u. Schuhwaren

August Lütjohann

1 Johannisstrasse 1.
Eckhaus Breite Str. (früher Commerzbank.) (1785

Schönes trockenes
Buchen-Abfallholz
ab Fabrik 80 Pfg. und frei Haus 1 Mk. pro Sack. (4
F. E. Schacht & Co.,
Tel. 239. Moislinger Allee 41.

Moisling.
Sozialdemokratische Frauen.
Mitglieder-Versammlung
am **Dienstag, den 11. März,** abends 8½ Uhr, im Lokale der **Wwe. Schreiber,** Kaffeehaus.

Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Vortrag d. Genossen **Johannes Denker.** Thema: **Zweck und Ziel der Sozialdemokratie.**
3. Verschiedenes.

Wir hoffen auf zahlreichen Besuch der Genossinnen.
1808) **Der Vorstand.**

Waldschule Lübeck-Wesloe.

Die für die Waldschule anzumeldenden Kinder sind bis zum 20. März durch ihre Eltern Herrn **Dr. med. J. Meyer, Königstr. 100,** 1. Etg., an den Wochentagen zwischen 4 und 5 Uhr vorzustellen. Das letzte Schulzeugnis ist mitzubringen.
Der Vorsitzende der Waldschulkommission.
1624) **Dr. Wychgram.**

Gewerkschaftshaus
Lübeck, Johannisstraße 50-52
ff. gepflegte Biere.
Kalte und warme Speisen zu jeder Tageszeit.
ff. Mittagstisch ff. von 12—2 Uhr, 65 Pfg.
107)

Tapetenreste

in jeder Rollenzahl. (1780
staunend billig!
Untertrave 44/45.

Ortskrankenkasse in Lübeck.

Außerordentliche
General-Versammlung der Vertreter
Montag, d. 17. März 1913,
abends 8½ Uhr
in **Kempfers Gesellschaftshaus**
(Bürgerverein) Königstr. 25.

Tagesordnung:
Neubau eines Verwaltungsgebäudes auf den Grundstücken der Kasse Fleischhauerstraße 55/57 und Bewilligung der Baugelder.

Die **Ersatzmänner** der Generalversammlungsvertreter können der Versammlung als Zuhörer beiwohnen. (1775

Lübeck, den 26. Februar 1913.
Der Vorstand.

Moisling.
Sozialdemokratischer Verein.
Einladung zur
März-Feier
unter freundlicher Mitwirkung des
Arbeiter-Gesangvereins und Turnvereins „Frisch auf"
in Moisling
am Sonntag, dem 9. März
im Lokale Ww. Schreiber „Kaffeehaus".
Anfang 6 Uhr. Eintrittspreis 50 Pf.
Um recht zahlreichen Besuch bittet
1773) **Der Vorstand.**

Arbeiter-Turn-Verein Lübeck.

Einladung zum
BALL
verbunden mit
turnerischen Aufführungen
am Sonntag, dem 9. März
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstraße 50—52.
Anfang 5 Uhr. Ende 2 Uhr.
Eintritt 50 Pfg., einz. Dame 20 Pfg.
1537) **Das Komitee.**
Die turnerischen Aufführungen werden von 6—8 Uhr stattfinden.

Arbeiter-Radfahrerverein
Ortsgruppe Ratekau.
Großes Kappenfest u. Saalfahren
am **Sonntag, dem 9. März.**
Hierzu ladet freundlichst ein
1744) **Der Vorstand u. B. Balk.**

Stockelsdorf.
Morgen Sonntag, den 9. März:
Tanzmusik
verbunden mit Kappenfest.
Eintritt frei.
Es ladet freundlichst ein
1786 **H. Dose.**

Friedr.-Franz-Halle
Zur Jahrhundertfeier:
Sonntag, den 9. März
Tanzkränzchen
mit Theateraufführung.
Robert Alphonson, musik. Clown mit seinem Esel „Florido".
Theater 8 Uhr. Nach Schluß Kabarett
Eintritt frei. Endstat. Krankenhaus.
Es ladet freundlichst ein
1794) **L. Stamer.**

Am Sonntag, dem 9. März:
BALL
der
Seeretzer Schweinegilde.
Anfang 6 Uhr. (177
Hierzu laden freundlichst ein
E. Wendt. Der Vorstand.

Hansa-Halle.
Morgen Sonntag:
Gr. Tanzkränzchen.
1795) **J. Rieck.**

Wilhelm-Theater.
113) Jeden Sonntag:
Große Ballmusik.

Weisser Engel
Jeden Sonntag:
Freier Tanz.
Eintritt frei. (114) **Bernh. Boldt.**

Friedrichshof.
Jeden Sonntag: (624) **Tanzkränzchen.**

Adlershorst. (901) (106)
Jeden Sonntag: Tanzkränzchen

Neu-Lauerhof.
111) Morgen Sonntag:
Tanzkränzchen.

Zentral-Hallen
Jeden Sonntag:
Tanzkränzchen.
Anfang 5 Uhr. Ende 2 Uhr.
2) **H. Pagel.**

Konzerthaus Zauberflöte.
Neu für Lübeck!
Original Tiroler Kunstgesang- u. Musik-Ensemble
D'Innsbruck. Spatzen
4 Damen, 4 Herren.
Eintritt frei.
Anfang 7½ Uhr.
1792 Sonntags 4 Uhr.

1777 **Tivoli.**
Wakenitzmauer 9.
Große Unterhaltungsmusik.
Große Illumination!
F. Hildebrand. Fernr. 9028.

„Marienburg"
Katharinenstr. = Marienstr.
Sonntag, den 9. März:
Zur Hundertjahrfeier
Grosses Konzert.
Anfang 6 Uhr. Ende 1 Uhr.
1787) **Fr. Lange.**

Hansa-Theater.
Dir.: **Reinh. Gollbach.**
Tel. 610. Anfang 8½ Uhr.
Erstklassige Spezialitäten:
Lilly Barella
mit ihrem Menschenaffen Adam I.
Läpp und Habel
die komischen Parodisten.
Alize Markert (1616
„Die Streichholz-Jule".
Frères Chantrells,
musikalische Clowns und andere Attraktionen.
Parole: **Lachen.**
Sonntag ab 7 Uhr: **Konzert.**
Vorverkauf bei Sager, Kohlmarkt.
Sonntag nachm. keine Vorstell.

Konsumverein für Lübeck und Umgegend e. G. m. b. H.

Zu Einkäufen **für die Konfirmation und das Osterfest**
empfehlen wir unsern Mitgliedern unser

Speziallager für Manufaktur- und Haushaltungswaren

Königstraße 111, Ecke Aegidienstraße.

Schürzen.

Blusenschürzen . . . . . von 1.35 bis 2.65 M.
Miederschürzen . . . . . von 2.60 M. an
Prinzeßschürzen . . . . . von 1.35 M. an
Reformschürzen . . . . . von 2.60 M. an
Weiße Blusenschürzen . . . von 1.50 M. an
do. Träger-Tändelschürz. von 65 ₰ an
Kinderschürzen . . . . von 85 ₰ bis 1.95 M.

Damen-Wäsche.

Damen-Hemden . . . . . von 1.50 M. an
Damen-Beinkleider . von 2.65 bis 4.95 M.
Damen-Nachtjacken . von 1.25 bis 4.00 M.
Damen-Unterfaillen . von 95 ₰ bis 2.50 M.
Weiße Unterröcke . . von 2.50 bis 8.00 M.
Sommer-Waschunterröcke . von 1.20 M. an

Herren-Wäsche.

Kragen, Manschetten, Serviteurs
∴ Krawatten ∴
in den verschiedensten
Fassons u. Preislagen.
Weiße Herrenhemden . von 2.00 bis 3.00 M.

Normal-Wäsche.

Korsetts in verschiedenen gutsitzenden Fassons.

Strümpfe
für Damen . . . . . 70 ₰ bis 2.00 M.
für Kinder . . . . . 65 ₰ bis 1.65 M.

Taschentücher in weiß und farbig
16 bis 45 ₰

Handschuhe weiß und schwarz mit u. ohne Finger
65 ₰ bis 1.25 M.

Schirme
von 2.60 bis 12.00 M.

Hosenträger
von 32 ₰ bis 2.50 M.

Neu aufgenommen:
Damen-Handtaschen
Portemonnaies
für Damen und Herren.

Arbeiter-Garderobe in den gangbarsten Sorten und Größen, bewährte Qualitäten, jetzt wieder in großer Auswahl vorhanden.

Als besonders billig und beachtenswert empfehlen wir eine Partie **Steingut, Porzellan und Glaswaren.** 1801

Kuchenkörbe . . . 35 45 und 50 ₰
Kuchenteller . . . 12 16 und 20 ₰
Obstservice . . . . . 110 ₰
Obstteller . . . . . 12 und 20 ₰

Kaffeekannen . . . . . 40—120 ₰
Zuckerdosen . . . . . 20 ₰
Kaffeeservice . . . . . 270 ₰
Milchtöpfe . . . 13 16 18—85 ₰

Kartoffelschüsseln . . . . 50 60 ₰
Suppenterrinen, Porzellan . . 120 ₰
Butterglocken . . . . . 16 28 ₰
Eimer, Emaille . . . . . 85 ₰

Kompottschalen . . . . . Satz 85 ₰
Glasteller, kleine . . . . . 6 ₰
Glasteller, große . . . . . 25 ₰
Käseglocken . . . . . 40 80 ₰

Konzerthaus Fünfhausen.

Großer Saal. **Heute Sonntag Tanz.** Großer Saal.

Konzerthaus „Flora".

(1794)

Jeden Sonntag:

Tanzkränzchen.

Anfang 6 Uhr. Eintritt frei. Ende 2 Uhr.

Waisen-Hof.

Sonntag: **Große Tanz-Musik.**

(816) Gustav Gipp.

Lübeck. An der Puppenbrücke:
Große schwimmende Ausstellung:
Der Riesen-Walfisch vom Nordkap.
23 Meter lang. Derselbe hat ein Lebendgewicht von 2400 Ztr., nach zoologischer Berechnung 150 Jahre alt. Verbunden mit dieser Ausstellung ist **eine große Sammlung** von 50 Raub- u. Tiefseefischen, 6 verschiedene Haifische, die Hyänen der Meere, Seelöwen, Walroß, Rochen, Seeigel. — **Die Wal-Fanggeräte (Harpunen) mit Kanonen aus alter und neuerer Zeit.** (1790
Geöffnet v. 10 Uhr morg. bis 10 Uhr abends. Hauptaufklärung jede volle Stunde. Eintritt 30 Pf., Kinder u. Militär o. Gew. 15 Pf.
Den Schulen besonders empfohlen. Zu dieser gewiß seltenen lehrreichen Ausstellung lader ergebenst ein. **Die Direktion.**

Vortragsweisen der Gewerbekammer.

Der Diplom-Ingenieur **Camillo Resek-Hamburg** wird am **Mittwoch, den 12. März 1913, abends 8½ Uhr,** im **großen Saale** des **Bürgervereins,** Königstr. 25, einen

Vortrag mit Lichtbildern

halten über das Thema:

„Gründungen, ihr Schutz und ihre Verwertung."

Wir laden alle Interessenten zu diesem Vortrage ergebenst ein.

1766) **Die Gewerbekammer.**

Achtung!

Schauerleute

Versammlung

am Montag, dem 10. März
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstraße 50—52

Tages-Ordnung:
Innere Verbandsangelegenheiten.

1772) **Der Vorstand.**

NB. Das Erscheinen sämtlicher Kollegen ist Ehrenpflicht.

Deutsch. Metallarbeiterverband

Verwaltungsstelle Lübeck.

Achtung Klempner!

Versammlung

am Montag, dem 10. März 1913
abends 8½ Uhr
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

Tagesordnung:

1. Bericht von der Verhandlung mit der Innung über unsere Lohnbewegung.
2. Verschiedenes.

(1774

Die Branchenleitung.

Sozialdemokratischer Verein.

Mitglieder-Versammlung

am Montag, dem 10. März 1913,
abends 8½ Uhr
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52

Tagesordnung:

1. Einführung der Urwahlen für Delegationen zum Parteitag.
2. Vortrag des Genossen **Bromme** über: „Die Bedeutung der politischen Demonstration."
3. Die diesjährige Maifeier.
4. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ersucht

1802) **Der Vorstand.**

Kalnbergs Variété

Ganz Lübeck spricht
über das jetzige
brillante Programm.
4 Komiker.
Anfang 7 Uhr. Eintritt 40 Pfg.

1797

Heute! **Albert** Heute!

Bassermann

in

5 Akte! **Der Andere** Spield. 2 Std.

von Dr. **Paul Lindau,** Direktor der Kgl. Schauspiele, Berlin.
Alleinige Aufführung (1642
um 3½-6, 6-9, 9-12 Uhr!

Neues Lichtspiel-Theater.

Neues Stadttheater.

Sonntag, den 9. März 1913.
Anfang 8 Uhr. Ende 10½ Uhr.
146. Vorst. im Voll-Abonnement.
Hundertjahrfeier-Festvorstellung
Kolberg.
Hist. Schauspiel von Paul Heyse.
Jubel-Ouverture von C. M. v. Weber als Einleitung.
Schauspiel-Preise.

Montag, den 10. März 1913.
Anfang 7½ Uhr. Ende 10 Uhr.
147. V. i. Voll-A. 24. V. i. Montags-A.
König für einen Tag.
Kom. Oper von Adam, in der Bearbeitung von Paul Wolff.
Opern-Preise. (1769

Dienstag, den 11. März 1913.
Neuheit! Neuheit!
„Der Frauenfresser".
Operette von Edm. Eysler.

2. Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 57. Sonnabend, den 8. März 1913. 20. Jahrg.

Aus einer Streikentschädigungs-Gesellschaft.

Von den zahlreichen Streikentschädigungsgesellschaften, die sich die Unternehmer als Ergänzung ihrer eigentlichen „Arbeigeberverbände" geschaffen haben, ist der „Deutsche In- „Arbeitgeberverbände" eine der ältesten. Er wurde im April 1906, also kurz nachdem die Errichtung solcher Entschädigungs- oder Unterstützungseinrichtungen von den Unternehmerverbänden in ihren Aufgabenkreis einbezogen wurde, gegründet. Zunächst als „Gesellschaft des Verbandes sächsischer Industrieller zur Entschädigung bei Arbeitseinstellungen" vom Verband sächsischer Industrieller gegründet und auf Sachsen beschränkt, wuchs er in den wenigen Jahren zu einer fast selbständigen Organisation aus. Seine Organisation ist örtlich und sachlich gegliedert, als Mitglieder gehören ihm Arbeitgeberverbände und einzelne Unternehmer an. Die Mitglieder müssen von je 1000 Mk. Lohnsumme, die sie bezahlen, 50 Pfg. als Eintrittsgeld und 1 Mk. als Jahresbeitrag bezahlen. Dieser Staffelung des Beitrages nach der Lohnsumme entspricht auch die Entschädigung bei einem Streik. Die bestreikten Unternehmer erhalten für jeden ausfallenden Arbeitstag bis zu 25 % des durchschnittlichen Tagesverdienstes aller Arbeiter als Entschädigung. Die Entschädigung wird auch für solche Arbeiter bezahlt, die zwar am Streik nicht beteiligt, aber wegen Arbeitsmangels bei einem Streik entlassen werden. Irgend eine Verpflichtung zu Aussperrungen erwächst den Mitgliedern aus ihrer Zugehörigkeit zum Industrieschutzverband nicht, jedoch wird jede „vom Vorstand gutgeheißene" Aussperrung als Streik betrachtet, d. h. es wird in gleichem Umfange Entschädigung dafür bezahlt. Der Industrieschutzverband hat sich stark entwickelt. Im Jahre 1906 zählte er 671 Mitglieder, die 62 368 Arbeiter beschäftigten; 1912 wurden 3656 Mitglieder gezählt, die 264 000 Arbeiter beschäftigen.

In letzter Zeit hat der Industrieschutzverband seine Agitation erneut aufgenommen. Er sendet an Firmen, die ihm noch fernstehen, ein Anschreiben, in dem er sich als Retter in kommenden Nöten in Erinnerung bringt. Das Schreiben wird als „vertraulich" bezeichnet.

Dem Anschreiben wurden mehrere Drucksachen beigefügt, darunter ein kleines Schriftchen mit Urteilen von Mitgliedern über die Tätigkeit des Industrieschutzverbandes. Das Broschürchen gliedert sich in zwei Abschnitte. Der erste enthält die Danksagungen für Hilfe bei „Durchführung und Entschädigung von Streiks", der zweite für Unterstützung bei „Verhütung von Arbeitseinstellungen". Die Firmen sind nicht namentlich angeführt, sondern nur mit einer Nummer bezeichnet, jedoch wird am Schlusse versichert, daß die Originaldankschreiben in der Geschäftsstelle „jederzeit einzusehen" sind. Von den 60 ausgewählten Dankschreiben stammen 20 aus der Holzindustrie, 14 aus der Metallindustrie, 7 aus der Glas- und Tonindustrie, je 4 aus dem Bekleidungsgewerbe, der Stein- und chemischen Industrie, 3 aus der Lederindustrie und je 2 aus der Industrie der Nahrungs- und Genußmittel und aus dem Baugewerbe.

Eröffnet wird der Reigen mit dem Dank einer Farbenfabrik (33 Arbeiter) für die Vermittlung zur Beilegung eines Streiks und für die „materielle Unterstützung". Die Fabrik versichert: „Wir glauben, daß es bei den heutigen Verhältnissen im Interesse eines jeden Unternehmers liegen muß, Ihrem Verband als Mitglied anzugehören" und erklärt sich bereit, in ihren Bekanntenkreisen auf den Verband aufmerksam zu machen. Eine Dachpappen-, Teerprodukte- und Asphaltfabrik mit 97 Arbeitern bedankt sich besonders für die „reichen Erfahrungen", die der Geschäftsführer des Industrieschutzverbandes, Herr Kurt Grützner, ihr bei den Verhandlungen mit den streikenden Arbeitern zur Verfügung gestellt hat. Diese reichen Erfahrungen werden übrigens mehrfach rühmend hervorgehoben. Eine Möbelfabrik bedankt sich für die „sachgemäße, tatkräftige und aufopfernde Unterstützung", die ihr Herr Grützner bei einem Streik geleistet hat; eine Rohrwarenfabrik rühmt desselben Herrn „Sachverständnis, Besonnenheit und Entschiedenheit", und ein Granitwerk erklärt entzückt: „Die Verhandlungen (mit den Arbeitern. D. R.) wurden Ihrerseits in einer bewundernswerten Weise geleitet, und haben wir in einem einzigen Tage das erreicht, wozu wir früher Wochen brauchten". Eine Holzbearbeitungsfabrik berichtet erfreut, daß es ihr durch das tatkräftige Eingreifen des Verbandes gelungen sei", einen langjährigen Tarifvertrag unter für uns günstigen Bedingungen" abzuschließen und sie hofft, es möge dem Schutzverband gelingen, „noch viele solche günstige Abschlüsse zu tätigen". Ein Arbeitgeberschutzverband spricht Herrn Grützner seinen „allerverbindlichsten" Dank aus und schreibt dann: „Ohne jene erprobten Ratschläge, die durch Ihre Diplomatie unsern Gegnern viel zu schaffen machten, wäre wohl in unsern Reihen kaum so langer Widerstand möglich gewesen."

Diese Dankesergüsse, denen sich zahlreiche andere anschließen, sind besonders interessant. Sie zeigen, daß die Unternehmer sich Verhandlungsspezialisten für Lohnbewegungen, gewissermaßen Diplomaten für den wirtschaftlichen Kampf heranbilden. Das schmunzelnde Behagen, das sich namentlich in dem zitierten Dankbericht der Holzbearbeitungsfabrik ausdrückt, ist vielleicht weniger eine Bestätigung, daß der saubere Plan, die Arbeiter bei den Verhandlungen zu übertölpeln, gelungen ist — es fragt sich, ob nicht der Unternehmer die Kräfte der Arbeiter überschätzte und deshalb mehr Angst hatte, als die Umstände rechtfertigten —, aber es ist eine eindringliche Warnung an alle Arbeiter und Arbeitervertreter, bei solchen Verhandlungen auf alle Pfiffe zu rechnen, gewissermaßen „mit allen Schikanen zu spielen". Zugleich erklärt die wiederholt ausgesprochene Hoffnung auf den materiellen Erfolg diplomatischer Schacherei bei Verhandlungen über Lohnstreitigkeiten, warum die Unternehmer so oft und so energisch die Ausschaltung der Gewerkschaftsvertreter bei solchen Verhandlungen verlangen. Sie fürchten nicht nur deren Unabhängigkeit, sondern auch die Durchkreuzung ihrer Winkelzüge und Fechterkniffe. Wie gern die Unternehmer mit verdeckten Karten spielen, deutet indirekt eine Maschinenfabrik an, die es als eine große Annehmlichkeit bezeichnet, „daß die Verhandlungen ohne Beisein der Arbeitgeber, jedoch unter deren Kontrolle und Einverständnis geführt werden können".

Die große Annehmlichkeit besteht für die Unternehmer darin, daß sie durch ihren Mittelsmann das Feld sondieren, wenn möglich, die Arbeiter aushorchen lassen, ohne sich durch Vorschläge oder Zugeständnisse irgendwie binden zu müssen. Diese große Annehmlichkeit wird natürlich um so kleiner, je mehr die Arbeiter diese Taktik durchschauen und mit ihr rechnen.

Aus der Partei.

Der preußische Landtag, Handbuch für sozialdemokratische Landtagswähler. Das im Auftrage des Parteivorstandes vom Landtagsabgeordneten Paul Hirsch herausgegebene Buch gelangt im Laufe der nächsten Woche in dritter, vollständig umgearbeiteter und ergänzter Auflage zur Ausgabe. Der Preis beträgt für das gut gebundene Exemplar 5 Mark. Die Organisationen erhalten das Werk bei Partiebezug vom Verlag Buchhandlung Vorwärts Paul Singer G. m. b. H., Berlin, zum Herstellungspreise. Die Organisationen werden gebeten, ihre Bestellungen schnellstens aufzugeben.

Gemeindewahlsieg. In der schlesischen Gemeinde Penzig (Oberlausitz) wurde am Dienstag bei der Gemeindevertreterwahl in der 3. Wählerklasse ein weiterer sozialdemokratischer Kandidat gewählt. Damit zieht der siebente Sozialdemokrat in das Penziger Parlament ein.

Vier Jugendkonferenzen wurden in Thüringen abgehalten, und zwar in Gera, Gotha, Ilmenau und Sonneberg. Sie dienten dem Austausch gemachter Erfahrungen. Vorträge wurden gehalten über Jugendschutz, sowie über Wandern und Spiele. Vertreten waren auf den vier Konferenzen 62 Orte durch 212 Delegierte. Mit den Konferenzen war eine kleine Ausstellung von Gesellschafts- und Unterhaltungsspielen verbunden.

Das Koalitionsverbot durch den Arbeitsvertrag.

In der Eppendorfer Spielwarenfabrik vorm. Paul Leonhardt G. m. b. H. wurde am 12. Januar eine Bekanntmachung folgenden Wortlauts angeschlagen:

„Wer nachstehende Erklärungen, d. h. eine davon nicht unterschreibt, erhält Sonnabend den 18. Januar gekündigt.

I. Ich erkläre hierdurch unterschriftlich, daß ich dem Holzarbeiterverband nicht angehöre und bin einverstanden, daß ich bei Eintritt kündigungslos entlassen werden kann, oder

II. Ich erkläre hierdurch unterschriftlich, daß ich mich verpflichte, meine Abmeldung aus dem Holzarbeiterverband bis 18. Januar früh vorzunehmen, und bin einverstanden, daß ich kündigungslos entlassen werden kann, wenn ich wieder beitrete."

Ein Arbeiter hatte die unter I stehende Erklärung bei seinem Arbeitsantritt am 13. Januar unterschrieben, wurde aber am 20. Februar kündigungslos und ohne Lohnzahlung für die vergangene Woche entlassen, als die Firma erfuhr, daß er dem Holzarbeiterverband als Mitglied angehört. Die Firma wurde darauf auf Herauszahlung des einbehaltenen Lohnes und Entschädigung für die kündigungslose Entlassung verklagt; sie berief sich darauf, daß der Arbeiter sie mit seiner Verbandsverleugnung betrogen habe und sie deshalb zu kündigungsloser Entlassung und Einbehaltung des Lohnes berechtigt sei. Der Arbeiter machte geltend, daß die von ihm unterzeichnete Erklärung ungültig sei, da diese seine Koalitionsfreiheit beeinträchtigt und somit gegen die guten Sitten verstoße.

Das Schöffengericht in Augustusburg, dem die Entscheidung der Klage oblag, erachtete Betrug nicht als vorliegend und verurteilte die Firma zur Zahlung des rückständigen Lohnes, lehnt aber den Einspruch auf Entschädigung ab. Aus den Gründen ist folgendes interessant:

„Den guten Sitten würde es, wie dem Kläger zugegeben ist, widerstreiten, wenn die Beklagte durch Ausnutzung einer wirtschaftlichen Macht und Ueberlegenheit den Kläger und die übrigen Arbeiter zu der Vereinbarung gezwungen hätte. Eine derartige wirtschaftliche Ueberlegenheit besitzt aber im heutigen Wirtschaftsleben der Arbeitgeber über den Arbeiter nicht, am allerwenigsten über den organisierten Arbeiter. Gerade diejenigen, welche einem Arbeiterverbande angehören, werden von diesem so gestärkt und unterstützt, und der Verband übt meist einen solchen Einfluß auf die Unternehmerbetriebe aus, daß nicht der Arbeiter, sondern vielmehr der Arbeitgeber der wirtschaftlich schwächere ist. Es liegt also in einer solchen vereinzelten Maßnahme keine Beschränkung der Koalitionsfreiheit der Arbeiter, sondern sie ist vielmehr ein durchaus berechtigtes Mittel des Arbeitgebers im wirtschaftlichen Daseinskampfe, um sich dem Einfluß des Arbeiterverbandes auf seinen Betrieb wenigstens einigermaßen oder für einige Zeit zu entziehen. Hiernach kann aber auch von keinem sittenwidrigen Zwang die Rede sein, wenn ein Arbeitgeber in seiner Arbeitsordnung den Beitritt zu einem Arbeiterverbande als sofortigen Entlassungsgrund festsetzt, dem kein Arbeiter ist gezwungen, in einen solchen Betrieb einzutreten. Die Beurteilung dieser Vereinbarung wird auch nicht dadurch anders, daß der Nachtrag zur Arbeitsordnung der Beklagten durch Unterschrift der Erklärungen I und II auch für die bereits bei der Beklagten in Stellung befindlichen Arbeiter in

---

Hafenstürme.

Roman von W. W. Jacobs.

(28. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

„Ich konnte wohl kaum anders, wenn er hierherkam," erwiderte seine Schwester mit Würde. „Er ist sehr besorgt um Dich gewesen."

Kapitän Schümann erhob sich und schritt im Zimmer auf und nieder. Dann blieb er stehen und blickte scharf nach seiner Tochter.

„Warst Du hier, wenn er kam?" fragte er.

„Ja," war die Antwort.

„Und Du — Du sprachst auch mit ihm?" brüllte der Kapitän.

„Ich mußte höflich sein," erwiderte Fräulein Schümann ruhig, „ich bin kein Schiffskapitän."

Wieder ging der Vater im Zimmer auf und ab. Frau König, die von dem Sturm, den sie erweckt hatte, erschreckt war, blickte hilflos auf ihre Nichte.

„Wozu kam er her?" sagte der Kapitän.

Fräulein Schümann sah auf ihren Teller nieder. „Ich kann's nicht sagen," meinte sie sittsam. „Zum ersten Male kam er zu uns, um uns zu sagen, was mit Dir geschehen wäre."

Der Kapitän hielt mit seinem Wandern inne und betrachtete sie finster.

„Ich hab' viel Glück mit meinen Kindern," sprach er langsam. „Das eine ist verlobt und soll die Tochter des verrufensten Hallunken in Wellhafen heiraten, und das andere — —"

„Und das andere?" fragte seine Tochter stolz, als er innehielt.

„Das andere," fuhr der Kapitän fort, wobei er um den Tisch ging und ihr seine Hand auf die Schulter legte, „ist meine liebe und folgsame Tochter."

„Ja," erwiderte Fräulein Schümann, „aber das hast Du nicht sagen wollen. Du brauchst Dich um meinetwegen nicht zu ängstigen, ich werde nichts tun, was Dir mißfallen würde."

Achtzehntes Kapitel.

Am Morgen nach der Rückkehr des Kapitäns schlug Thießen auf seinem Gange ins Geschäft den Weg am Wasser entlang ein in der Hoffnung, den peinlichen Zufall eines Zusammentreffens mit einem Mitglied der Familie Schümann zu vermeiden. Der gesunde Menschenverstand riet ihm, die Angelegenheit fürs erste der heilenden Hand der Zeit zu überlassen und inzwischen Selbstkasteiung zu üben, was für einen Menschen mit seinem Temperament keineswegs angenehm war.

Trotz alledem hob sich seine Laune während seines Ganges. Es war ein idealer Frühlingsmorgen, kühl und sonnig. Der kurzgeschnittene Rasen am Wegesrande duftete unter seinen Schritten und eine leichte Brise kräuselte die blaue See. Unten am Flusse versuchten zwei ergraute Männer mit ruhigen Bewegungen ein altes Boot mit roter und grüner Farbe wasserdicht zu machen.

Eine lange Gestalt näherte sich langsam von der entgegengesetzten Richtung, brach in ein erfreutes Lächeln aus, als sie näher kam und beschleunigte ihre Schritte, um ihn zu treffen.

„Sie sind früh auf," begrüßte ihn Thießen, als der alte Mann stehen blieb und sich dann umwandte, um mit ihm zurückzugehen.

„Muß ich, Herr Thießen," erwiderte Herr Wilkens düster, „früh fort und spät zurück, und öfters als sonst auswärts zu Mittag essen. Das ist heutzutage mein Leben."

„Können Sie ihr denn nicht zu verstehen geben, daß ihre Aufmerksamkeiten unerwünscht sind?" fragte Thießen ernst.

„Ich kann gegen eine Frau nicht schroff sein," antwortete der Steward mit melancholischem Lächeln; „wenn ich das könnte, würde mein Leben ganz anders geworden sein. Sie kommt immer zu mir herüber, um mich Edus wegen um Rat zu fragen, oder hat sonst etwas Ähnliches. Die ganze letzte Woche hatte sie sich meine Bratpfanne geliehen, so daß ich schließlich, um ihr zu zeigen, daß ich es nicht liebte, ausging, und ihr eine für sie selbst kaufte. Was ist das Resultat? Statt beleidigt zu sein, geht sie aus und kauft mir zwei Krawatten. Als ich sie nicht trug, behauptete sie, es geschähe, weil ich die Farbe nicht möchte, und sie ging hin und kaufte mir zwei andere. Ich trage jetzt eine davon."

Er schüttelte kläglich den Kopf, und Thießen erblickte einen Schlips, der die Farben eines Regenbogens hätte erbleichen lassen. Eine Zeitlang gingen sie in Schweigen weiter.

„Ich will heute nachmittag Käppen Schümann meine Aufwartung machen," sagte Herr Wilkens plötzlich.

„Ah —" meinte der andere.

„Ich wußte, was daraus entstehen würde, wenn die beiden auf demselben Schiff wären," fuhr Herr Wilkens fort. „Ich sagte nichts, wenn Sie mit Fräulein Käthe darüber sprachen, aber ich wußte es nur zu gut."

„Ah —" sagte Thießen wieder. Die Bedeutung der Bemerkungen des Stewards war nicht mißzuverstehen, und er fand sie etwas unangenehm. Es war ja ganz nett, seinen ergebenen Freund auszunützen, er hatte aber keine Lust, seine Heiratspläne mit ihm zu besprechen.

„Es ist sehr schade," bemerkte der ahnungslose Herr Wilkens, „gerade als alles anfing, glatt zu gehen. Aber solange man lebt, solange hofft man."

„Ein hübsches Boot, das da drüben," sagte Thießen und wies danach hin.

Herr Wiltens nickte. „Ich werde heut' nachmittag meine Augen offen halten," versicherte er nochmals. „Und wenn ich Gelegenheit habe, ein Wort für Sie einzulegen, werde ich es tun. Neunundzwanzig Jahre bin ich mit dem Käppen gefahren, und wenn jemand seine schwachen Seiten kennt, so bin ich das."

Er stand, als sie die Stadt erreicht hatten, still und verabschiedete sich. Teilnehmend drückte er dem jungen Manne die Hand und ein Blinzeln voll intensiver Verschmitztheit gab seiner letzten Bemerkung die Pointe.

„Peter Wilkens Häuschen ist immer da," sagte er mit heiser flüsternder Stimme, „und wenn zwei von seinen Freunden sich dort zufällig treffen sollten, wen geht das was an?"

Er sah der verschwindenden Gestalt des jungen Mannes wohlwollend nach und setzte seinen Weg fort; seine eigenen Sorgen hatte er in dem Wunsch, seinen Freunden beizustehen, zum Teil vergessen. Es würde für den demütigen Steward eine bemerkenswerte Heldentat bedeuten, das Mittel zu sein, um die jungen Leute zusammenzubringen und auf diese Weise eine zwölfjährige Fehde zu beenden. Er malte es sich schließlich aus, wie er der vertraute Freund und Ratgeber beider Familien werden würde, und im Verfolg einer Flucht verwegener Gedanken sah er sich in vertraulichem Geplauder mit den beiden Kapitänen bei Pfeife und Grog.

Sorgfältig gekleidet und mit einem kleinen Blumenstrauß bewaffnet, ging er am gleichen Nachmittag aus, um seinem ehemaligen Herrn und Gebieter seinen Besuch zu machen. Auf dem Wege legte er noch die letzte Feile an eine kleine Bewillkommungsrede, die er während des Essens vorbereitet hatte. Sie war ihm gut gelungen, obwohl sie ihm etwas Arbeit gemacht hatte, aber Kapitän Schümanns Rede — die Eingebung eines Augenblicks — ließ ihn nicht zu derselben kommen.

Dieser stutzte einen Augenblick, als der sich verbeugende Herr Wilkens das Zimmer betrat, und seine Stimme erhob sich aus leisen, bitteren Tönen zu denen eines Wirbelsturmes, die Bella in der Küche hören konnte, ohne von ihrem Stuhl aufzustehen. Sprachlos und verwirrt stand Herr Wilkens vor ihm, die Blumen in der einen und die Mütze in der andern Hand haltend. In dieser Stellung hörte er einer Beschreibung seines Charakters zu, gezeichnet mit dem liebevollen Stift eines Künstlers, der mit ganzer Seele bei der Sache war und niemals müde zu werden schien, sich in Einzelheiten zu erschöpfen.

(Fortsetzung folgt.)

Geltung gesetzt worden ist, und daß die Beklagte bei Nichtunterzeichnung die Kündigung angedroht hat. Auch diese Drohung kann die Vereinbarung mit dem Kläger und den anderen Arbeitern nicht nichtig machen, da eben die Arbeiter nicht die wirtschaftlich schwächeren sind und daher nicht von einem sittenwidrigen Zwang die Rede sein kann."

Wir wollen nicht über diese sehr anfechtbare gerichtliche Anschauung wegen der Ueberlegenheit der Arbeiter oder der Unternehmer im wirtschaftlichen Kampfe rechten, wichtiger ist die Ablehnung des erweiterten Klageanspruchs überhaupt. Früher war es gute Gerichtspraxis, daß ein solcher Vertrag, der dem Arbeiter die Organisation verbot, für nichtig erklärt wurde. Das sollte auch allgemein selbstverständliche Ansicht sein. Wenn dem Unternehmer das Recht eingeräumt würde, dem Arbeiter das Koalitionsrecht durch Arbeitsvertrag zu verbieten, bestände für den Arbeiter dieses allen Staatsbürgern gegebene Vereinigungsrecht überhaupt nicht mehr.

Kommunales.

Gemeindegasthäuser in Theorie und Praxis. Im rheinisch-westfälischen Industriegebiet werden seit Jahren die sogenannten Gemeindegasthäuser forciert. Landräte und Amtmänner lassen sich die Förderung dieser Einrichtungen ganz besonders angelegen sein. Man redet dabei viel vom Allgemeinwohl und von dem Kampf gegen den Alkoholismus, dem die auf Kosten der Gemeinden gegründeten Gasthäuser dienen sollen. Nicht selten wird auch für die Notwendigkeit dieser Gemeindegasthäuser der Mangel an geeigneten Versammlungslokalitäten ins Feld geführt. So sagte z. B. der Landrat des Kreises Recklinghausen, Herr v. Merveldt vor einigen Jahren in einer Kreistagssitzung feierlich, daß neben der Bekämpfung des Alkohols der Zweck der Gemeindegasthäuser sei, Versammlungslokalitäten zu schaffen, die allen Parteien und Richtungen unterschiedslos zur Verfügung zu stellen seien. Wie sieht die Sache nun in der Praxis aus? Daß der Kampf gegen den Alkohol in den Gemeindegasthäusern mit Alkohol geführt wird, ist zwar sehr „konsequent", aber noch nicht das schlimmste. Von größerer Bedeutung ist die Art, wie es in der Praxis mit der Hergabe der Versammlungsräume gehalten wird. In den vom Zentrum beherrschten Ortschaften Marl und Hüls ist es den Zahlstellen des Bauarbeiterverbandes nicht möglich, ein Versammlungslokal zu bekommen. Der Geschäftsführer des genannten Verbandes wandte sich deshalb mit einer Eingabe an den Amtmann von Marl und bezüglich Hüls an den Landrat v. Merveldt um Überlassung der Gemeindegasthäuser für die Versammlungen. Der Amtmann wie der Landrat erteilten eine glatt ablehnende Antwort. Noch nicht einmal der Mühe einer Begründung haben die Herren sich unterzogen, wozu der Herr Landrat angesichts der von ihm feierlich verkündeten Grundsätze ganz besonderen Anlaß gehabt hätte.

Unterstützung des Arbeiterabstinentenbundes durch die Gemeinde. Die Stadtverordnetenversammlung in Frankfurt a. M. beschloß, dem Arbeiterabstinentenbund, Zweigverein Frankfurt a. M., eine Unterstützung von 300 Mark aus städtischen Mitteln zu gewähren. Gegen den Antrag sprach sich nur ein Nationalliberaler aus, der Führer der Mäßigkeitsbewegung, der seine politische Gegnerschaft auch auf gemeinnützige Bestrebungen zu übertragen versuchte.

Aus der Jugendbewegung.

Die Staatszuschüsse für den Jungdeutschlandbund in Württemberg. Dem sogenannten Landesausschuß für Leibesübungen der schulentlassenen Jugend und dem Landesausschuß des Jungdeutschlandsbundes waren bisher 6000 Mark jährliche Unterstützung aus Staatsmitteln zugegangen. Bei Beratung des Etatspostens im Finanzausschuß der württembergischen Zweiten Kammer beantragten unsere Genossen, diese 6000 Mark zu streichen, dagegen die sonstigen Aufwendungen für Jugendpflege um 1000 Mark zu erhöhen und auch den Jugendorganisationen der freien Gewerkschaften Beiträge zu gewähren. — Genosse Heymann kennzeichnete bei Begründung des Antrages die ganze Erziehungsmethode des Jungdeutschlandsbundes. — Vom Zentrum und Bauernbund wurde beantragt, auch den konfessionellen Jugendvereinen Staatsunterstützung zu gewähren. Auch hierzu stellten unsere Genossen den Unterantrag, die Jugendorganisationen der freien Gewerkschaften in derselben Weise zu berücksichtigen. — In der Debatte erkannte der Kultusminister an, daß die freien Jugendorganisationen schon nützlich gewirkt hätten durch Bekämpfung des Alkoholgenusses und durch Pflege der Körperübungen; wenn sie aber staatliche Unterstützung wünschten, sollten sie sich dem Jungdeutschlandbunde anschließen, meinte der Minister naiv. Darauf blieben natürlich unsere Genossen die Antwort nicht schuldig. — Der sozialdemokratische Hauptantrag, wie auch der Unterantrag wurden gegen die sozialdemokratischen Stimmen abgelehnt, worauf unsere Genossen mit den Volksparteilern und Nationalliberalen zusammen die Berücksichtigung der konfessionellen Jugendvereine ablehnten, die auch der Kultusminister bekämpfte. Aus Zorn über diesen Mißerfolg stimmten hierauf Zentrum und Bauernbund mit unsern Genossen gegen die ganze Position, was zur Folge hatte, daß der ganze Betrag von 10 000 Mark, der für Jugendpflege vorgesehen war, gestrichen wurde. Wenn das Plenum nicht noch anders beschließt, wird die mordspatriotische Jugend Württembergs auf den Genuß von Staatsgeldern verzichten müssen.

Literarisches.

Eingegangene Schriften und Bücher.

„Neue Zeit", Heft 23.
„Wahre Jacob", Nr. 6.
„Gleichheit", Nr. 12.

* * *

„Der Naturarzt", 41. Jahrgang, Nr. 3 (Auflage 165 000). Red.: Dr. med. Schönenberger u. Oskar Mummert. Exped.: Berlin SW. 11. Preis jährl. 3 Mk. Probe-Nr. frei. — Aus dem Inhalt: Prof. Dr. Emil Klein: Die deutsche Naturheilbewegung und das Reformkrankenhaus. — Dr med. Erwin Silber: Ueber entstellende Hautleiden (Geschwülste, Warzen, Mäler). — Dr. Max Blitstein: Eingeweidesenkung. — F. Wagschal: Kampf um eine Krankenhausabteilung für Naturheilkunde. — Aus der Sammelmappe: Sojabohne (Ein neues Gemüse). — Beilagen: Für unsere Frauen: Dr. med. Fr. Schönenberger: Winke für das Sonnenbad. — Künstliche Aufpäppelung des Säuglings. — Festgerichte für die Ostertage. — Für unsere Jugend: G. Martin-Zschommler: Kannst du richtig atmen? — Kuno v. d. Schalk: Ein Wikinger.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Suppenfleisch spart, wer MAGGI's Suppen mit dem Kreuzstern verwendet. Nur mit Wasser kurze Zeit zu kochen. Mehr als 40 Sorten. — Ein Würfel zu 10 Pfg. gibt 2-3 Teller. Ebenso gehaltvoll und kräftig im Geschmack wie die besten selbstgemachten Fleischbrühsuppen. 1762

Man verlange ausdrücklich **MAGGI's SUPPEN!**

„MAGGIs gute, sparsame Küche"

Schneeweiße Wäsche
gibt Pagoda-Schnellwaschmittel. Ohne Chlor. Garantiert unschädlich. Zur schnellen Einführung geben wir gratis und franko wertvolle Gegenstände z. B. gegen Gutscheine von 10 Pfg. 1 echt silbernes Kollier. 1 Paar Messer u. Gabeln. Verlangen Sie Prospekte beim Kaufmann.
Pagoda gilt nach dem heutigen Stande der Wissenschaft als bestes Waschmittel. Nicht zu helfen ist denen, die es nicht glauben und keinen Versuch mit Pagoda machen. (230

Trinkt
9) **Buntekuh-Kümmel**
Dampfkorn-Brennerei Buntekuh.

Berliner
Volks-Zeitung
Täglich 2 Ausgaben
mit den Beiblättern:
ULK weltbekanntes, farbig illustriertes Witzblatt
Illustr. Familien-Zeitung mit aktuellen Bildern, Romanen usw.
Illustr. Moden-Zeitung für Moden und allerlei Haushaltungsfragen
Illustr. Kinder-Zeitung mit lustigen Bildern, Erzählungen, Spielen
Tägl. Unterhaltungsblatt m. Romanen u. Abhandlungen a. all. Gebieten
Man mache einen Versuch mit diesem überaus reichhaltigen, gediegenen und äußerst billigen Blatte. Abonnements nehmen alle Postanstalten zum Preise von 90 Pfg. monatlich entgegen
Probenummern (1662
an jedermann kostenfrei von der Expedition Berlin SW. 19, Jerusalemer Straße 46 49.
Mehr als 104000 Abonnenten

Billig! 1785 Billig!
Kieler Bücklinge
„ **Sprotten**
Kiste 30, 45, 80 Pfg.
Bund-Aale
empfiehlt täglich frisch.
P. Tretow, Schlumacherstr. 27.

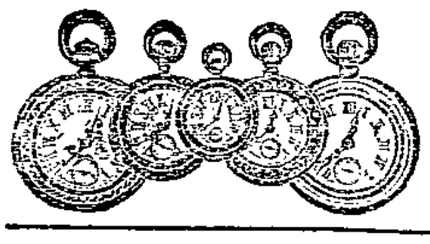
Willi Westfehling
empfiehlt zur 1798
Konfirmation
Uhren u. Goldwaren
32 Holstenstraße 32

Carl Folkers
Möbelmagazin
25 Marlesgrube 25.
Vollst. Wohnungseinrichtungen.
Selbstgefertigte Arbeiten.
Größte Auswahl.
1) Billigste Preise.
Weitgehendste Garantie.
Zimmereinricht. stets vorrätig.
Lieferung frei Haus auf eigenem Möbelwagen.
: Teilzahlung gestattet :
Bei Barzahlung Rabatt.
Gebe rote Lubeca-Rabattmarken.

Fr. Kröger,
konz. und prakt. Kammerjäger,
1743) Kontor: An der Mauer 86.

Beerdigungs-Institut
Pietät 289
Heinrich Grimm
Wickedestr. 49. Fernruf 1424.
Uebernahme von Erd- und Feuerbestattungen.
Ueberführungen mit eigenem Transportwagen.

Ad. Hübner, Uhren- u. Goldwarenhandlg. u. Reparaturwerkstätte. (165 Fischerstraße 13.

A. Matern, Uhrmacher, Beckergrube 26, Lübeck

empfiehlt unter mehrjähriger Garantie:
Gold. Damenuhren 10 Steine von 18,— M.
Silb. Damenuhren . . . . „ 8,50 „
Silb. Herrenuhren . . . . . „ 10,— „
Nickel-Herrenuhren . . . . . „ 3,— „
Ferner **Broschen, Ohrringe, Ketten,**
Wecker v. 1,80 M., Freischwinger v. 18 M.
Reparatur-Werkstatt. (1666

Man abonniert jederzeit auf das
schönste und billigste Familien-Witzblatt

Meggendorfer-Blätter
München ❧ ❧ Zeitschrift für Humor und Kunst
❧ Vierteljährlich 13 Nummern nur M. 3.— ❧
Abonnement bei allen Buchhandlungen und Postanstalten. Verlangen Sie eine Gratis-Probenummer vom Verlag, München, Theatinerstr. 47
Kein Besucher der Stadt München
sollte es versäumen, die in den Räumen der Redaktion, Theatinerstraße 47III befindliche, äußerst interessante Ausstellung von Originalzeichnungen der Meggendorfer-Blätter zu besichtigen.
Täglich geöffnet. Eintritt für jedermann frei!

Frister & Rossmann-Nähmaschinen. 1339
Sticken u. Stopfen. Nähen vor- u. rückwärts. Über 1½ Millionen im Gebrauch. Auf Wunsch gegen Wochen- oder Monatsraten.
Generaldepot: **Gust. Kath, Sandstraße 14.**

Hintze & Stech
Größte Möbelfabrik Lübecks
empfehlen 882
Wohnungseinrichtungen.
Direkter Verkauf an Private zu billigen Preisen gegen bar in der Fabrik:
Moislinger Allee 60.